



Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Kurland.

Von

Alex. Tobien.*)

Am 12./24. März 1801 bestieg Kaiser Alexander I. den Zarenthron und erhielt zunächst durch eine Reihe persönlicher Anordnungen, die, vom ersten Augenblick seiner Regierung an in rascher Folge erlassen, die Hebung der inneren Zustände Rußlands bezweckten,¹⁾ seine Unterthanen in der freudigsten Stimmung.

Seiner Erziehung und Geistesrichtung gemäß erschien dem für allgemeine Humanitätsideen eingenommen, empfindsamen jungen Monarchen die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland als eine seiner höchsten und schönsten Lebensaufgaben²⁾ und so gehörten zu den zahlreichen Gnadenbeweisen, die den Beginn der Regierung Alexanders I. charakterisirten, auch Maßnahmen, die dem bisher unbeschränkten Verkauf russischer Leibeigenen steuerten.³⁾

Welche Pläne und Absichten der junge Monarch verfolgte, um die weitgehenden Rechte der Gutsherren zu beschneiden und die trostlose Lage der Bauern zu heben, lehren die publizirten Verhandlungen des sogenannten nichtoffiziellen Komitès, das aus

*) Dank der Liebesswürdigkeit des verehrten Verfassers, unseres geschätzten Mitarbeiters, sind wir in der Lage, aus seinem großen demnächst erscheinenden Werke über die livländische Agrargesetzgebung den vorliegenden Abschnitt schon jetzt zu publizieren. In jenem Werke geht der Verfasser nur im Zusammenhang mit der livländischen Agrargesetzgebung auch auf die Agrargeschichte Est- und Kurlands ein; daher glaubt er an dieser Stelle darauf hinweisen zu sollen, daß die hier mitgetheilte historische Darstellung der Bauernbefreiung in Kurland den Charakter einer Episode trage, somit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben könne. Die große Zahl der gelehrten Noten gelangt unserem Wunsche entsprechend (anders als in dem mehrerwähnten Werk) gesondert am Schlusse des Artikels zum Abdruck.

Est. A

Die Redaktion.



wenigen Vertrauten bestand, mit denen der Kaiser in den ersten Jahren seiner Regierung (1801—1803) zwanglos seine Reformpläne zu besprechen pflegte. Zu jenem engen Kreis von Freunden, den der Monarch scherzend „comité du salut public“ nannte,⁴⁾ gehörten namentlich Graf Viktor Kotschubei, Nikolai Nowossilzow, Fürst Adam Czartoryski und Graf Paul Stroganow.⁵⁾

In dem Kreise seiner „Mitarbeiter“ erörterte Alexander I. mit Vorliebe die Frage der Bauernbefreiung, wobei er auch die Ansichten seines Erziehers, des Schweizers Laharpe⁶⁾ und die Anschauungen des Staatsmannes und berühmten Dichters Dershawin⁷⁾ einholte. In dem intimen „Komité“ war zwar die Meinung allgemein, daß etwas zur Besserung der elenden Lage der russischen Bauern gethan werden müsse, allein über das, was zu geschehen habe und womit zu beginnen sei, war man nicht einig.⁸⁾ Zwei Ansichten standen sich gegenüber: nach der einen sollte die Leibeigenschaft mit einem Schlage aufgehoben, nicht bei halben Maßregeln stehen geblieben, nach der anderen eine plötzliche Beschränkung der Herrenrechte vermieden und auf vorbereitende Schritte Bedacht genommen werden, weil sonst Unzufriedenheit unter den Gutsherren, Unruhen unter den Bauern entstehen würden.

Die radikale Ansicht vertrat energisch Stroganow und ihm schlossen sich Kotschubei und Czartoryski im Ganzen an. Laharpe rieth dagegen wiederholt zur Vorsicht und auch Nowossilzow äußerte sich in diesem Sinn.⁹⁾ Der Dichter und Justizminister Dershawin hielt gar die Bauernbefreiung als durchaus unverträglich mit dem Gemeinwohl und sprach es unverhohlen aus, daß die Sicherheit des Reiches durch eine allgemeine Emanzipation gefährdet werden würde.¹⁰⁾ Die durchaus ablehnende Haltung der Regierungskreise und der Gesellschaft bewogen den Kaiser die Verwirklichung seiner Pläne zu verschieben und sich zunächst mit dem Erlaß eines Gesetzes zu begnügen,¹¹⁾ das allen Unterthanen, mit Ausnahme deren, die den Besitzungen der Gutsherren zugezählt waren — also der Leibeigenen — das Recht verlieh, Grundeigenthum ohne Bauern zu erwerben. Wiewohl dieses Gesetz sehr wenig bedeutete und Niemandem irgend welche Rechte raubte, wurde es von der russischen Gesellschaft dennoch mit Mißmuth aufgenommen.¹²⁾

Wie dem um das Loos der Leibeigenen bekümmerten Monarchen und seinen Räthen Schwierigkeiten entgegengesetzt wurden, lehren folgende Thatfachen.

Im Jahre 1802 richtete der Graf Sergei Rumänzow an den Kaiser die Bitte, ihm gestatten zu wollen mit seinen Bauern eine Vereinbarung schließen zu dürfen, nach der den einzelnen bäuerlichen Nutznießern ihre Landstellen, oder der Gemeinde das gesammte Bauerland seines Gutes übertragen

werde. Ein Verfahren dieser Art empfahl der Graf zur allgemeinen Nachahmung, weil auf solchem Wege die Leibeigenschaft allmählich und ohne Erschütterung beseitigt werden könne.¹³⁾ Der Kaiser ließ das Gesuch Rumänzow's dem Reichsrath zur Begutachtung übergeben und dieser äußerte sich, wesentlich unter dem Einfluß des Justizministers Dershawin, dahin, daß dem Wunsche des Bittstellers wohl zu willfahren sei, die Abfassung eines allgemeinen Gesetzes im Sinn des Gesuches jedoch bedenklich erscheine, denn ein solches würde viele Gutsherren veranlassen den Bestand ihres Eigenthums für gefährdet zu halten, in den Bauern aber das Verlangen nach unbeschränkter Freiheit erwecken.¹⁴⁾ Es erscheine daher empfehlenswerth, lediglich dem Grafen Rumänzow zu gestatten seinen Vorschlägen gemäß zu verfahren und den bezüglichen Ukas auf seinen Namen auszustellen. Wiewohl Dershawin noch den Versuch machte die ganze Maßregel zu verhindern,¹⁵⁾ so bestätigte doch der Kaiser das Gutachten des Reichsraths am 20. Februar 1803 und der Ukas von demselben Tage gestattete „dem Grafen Rumänzow und allen Gutsbesitzern, die seinem Beispiel folgen wollen“, Bauern einzeln oder gemeindeweise freizulassen und ihnen Land zu vollem Eigenthum auf Grund gegenseitiger Vereinbarung zu übertragen.¹⁶⁾ Von großem Interesse ist nun, daß der Minister des Innern, jener Graf Rotschubei, der dem „comité du salut public“ angehörte, es für nothwendig erachtete die Gouverneure, „als Hausherren der Gouvernements“, über die Bedeutung des Ukases vom 20. Februar 1803 aufzuklären. In seinem Reskript vom 27. Februar 1803 theilt er allen Gouverneuren Folgendes mit:¹⁷⁾ „Die Absicht der Regierung ist es, den Gutsbesitzern ein Mittel zu geben ihre Ländereien zu vortheilhaften Preisen zu verpachten oder zu verkaufen und nicht nur fremden, sondern auch den eigenen Bauern, wenn der Gutsherr darin seinen Vortheil findet und den Bauern dauernden Nutzen schaffen will. Keineswegs wird aber beabsichtigt, die jetzt zwischen Gutsherren und Bauern bestehende Ordnung abzuschwächen, oder die geringste Veränderung in Bezug auf die Leibeigenschaft eintreten zu lassen. Die Bauern sollen genau in derselben Abhängigkeit und demselben schweigenden Gehorsam gegen ihre Herren verbleiben, in dem sie bisher gewesen sind. Bei der geringsten Verletzung des Gehorsams wird nach der ganzen Strenge des Gesetzes verfahren werden“.

Dieses Reichsgesetz, das von den Freunden der Bauernbefreiung als der Beginn einer neuen Zeit begrüßt wurde, dessen Wirkung jedoch wenig den hochgespannten Erwartungen entsprach,¹⁸⁾ galt vom Jahre 1803—1858 und bildete somit mehr als ein halbes Jahrhundert lang die einzige Milderung des sonst unbedingt aufrechterhaltenen Prinzips der wirklichen Leibeigenschaft.¹⁹⁾

Eine weit höhere Bedeutung als der Ukas vom 20. Februar

1803, wohnte dagegen den Agrargesetzen inne, die unter der Regierung Alexanders I. Liv-, Ehst- und Kurland verliehen wurden.

In Livland hatte der Landtag im Jahre 1795 begonnen die Besserung der Zustände der Leibeigenen in Berathung zu ziehen und die damals hier anhebende Reformperiode führte nach stürmischen Kämpfen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, zu der Bauerverordnung vom 20. Februar 1804 und ihrer Novelle vom 28. Februar 1809.

Die ehstländische Ritterschaft war zu derselben Zeit wie die livländische, 1795, reformatorisch vorgegangen und die mehrjährigen Verhandlungen wurden zunächst durch zwei Gesetze abgeschlossen: ein Regulativ, das Grundsätze zur Bestimmung der bäuerlichen Leibeigenen aufstellte²⁰⁾ und ein „Gesetzbuch für die ehstländischen Bauern“, das das bäuerliche Privatrecht, eine Gerichts-, Prozeß- und Polizeiordnung enthielt. Beide Gesetzentwürfe wurden am 27. August 1804 Kaiserlich bestätigt. Wiewohl zur selben Zeit geschaffen, unterschieden sich die ehstländische und die livländische Verordnung doch in wesentlichen Punkten von einander. .

In Livland war 1804 die Leibeigenschaft in die Schollenpflichtigkeit umgewandelt, Ehstland hatte dagegen die Leibeigenschaft zwar wesentlich gemildert, sie aber doch noch bestehen lassen, denn dort durfte der Bauer auch nach 1804 als Person verkauft, ohne seine Einwilligung dem Ackerbau entzogen und zum Bediensteten des Gutsherrn gemacht werden. Das Recht des freien Grundeerwerbes war dem Bauern, im Gegensatz zu Livland, nicht gewährleistet, die Entfernung eines Bauern von seiner Stelle war erlaubt, die Hauszucht weniger beschränkt, die Rechtsprechung mehr vom Gutsherrn abhängig gemacht, als in Livland.²¹⁾

Das schlechtere Recht der Bauern Ehstlands erfuhr dadurch eine Verschärfung, daß die Frohndienste einer mangelhaften Bemessung unterzogen wurden. Zwar sollten in Ehstland gleichwie in Livland die bäuerlichen Lasten gemessen und in „Wackenbüchern“ (Urbadien) verzeichnet, die Wackenbücher auch von einer Behörde geprüft und bestätigt werden, allein die unerläßliche Vorbedingung dieser Operation wurde in Ehstland nicht erfüllt: die Vermessung und Bonitirung des Bauerlandes, auf denen allein eine zureichende Norm der Frohndienste fußen konnte. Die großen Kosten einer Katastrirung schreckten die ehstländische Ritterschaft ab und bestimmten sie sich ohne genaue Vermessung und Bonitirung zu behelfen. Bloß gewisse Annahmen über den Bestand und Werth des Bauerhofes sollten als Basis der Regulirung dienen; eine Katastrirung des Grund und Bodens, wurde nur dort für nöthig erklärt, wo die Bauern die Ausweise des Wackenbuches antritten und eine Schätzung forderten.²²⁾

Schon während der Verhandlungen über die Bestätigung des ehstländischen Regulativs im Juli 1804 stellte die Regierung Vergleiche mit der am 20. Februar desselben Jahres emanirten livländischen Verordnung an, die nicht zu Gunsten des Regulativs ausfielen; und auch der Kaiser äußerte sich dahin, daß das ehstländische Gesetz kein allendliches sein dürfe, sondern vervollständigt werden müsse,²³⁾ wobei die Grundsätze der livländischen Verordnung, im Besonderen die Regeln zur Normirung der bäuerlichen Pflichten, als Vorbild zu nehmen seien.

Um jene Zeit hatten die Anschauungen Zaharpes in der Bauernfrage auf Alexander I. Einfluß gewonnen, die darin gipfelten, daß eine Wilderung der Leibeigenschaft nicht im Geringsten die gutherrlichen Rechte kränken dürfe, nicht die Freiheit der Bauern, sondern lediglich eine Hebung ihrer ökonomischen Lage anzustreben und daher vor allem auf die Bemeßung der Frohnleistungen hinzuwirken sei.²⁴⁾ Aus diesem Grunde fand die livländische Bauerverordnung von 1804 das Gefallen des Kaisers, der von ihrer Vortrefflichkeit so überzeugt war, daß er jede Ergänzung für unnöthig hielt, nur mit Widerstreben der Novelle vom Jahre 1809 zustimmte und die ehstländische Ritterschaft dazu drängte die Grundzüge jener Verordnung zur Anwendung zu bringen. Hierzu wollte sich jedoch die ehstländische Ritterschaft nicht bereit finden lassen, denn in ihren Augen lag eben das Gefährliche des livländischen Gesetzes darin,²⁵⁾ daß es zum Zweck gerechter Normirung der bäuerlichen Leistungen die genaue Ermittlung des Werthes und der Rentabilität eines jeden bäuerlichen Grundstückes, also die kostspielige Katastrirung der Bauerländereien, forderte.

Als Kaiser Alexander und seine Räthe, namentlich der Minister des Innern, Fürst Kurakin, unerbittlich die Ergänzung des ehstländischen Regulativs im Sinne der livländischen Verordnung forderten,²⁶⁾ da tauchte in ritterschaftlichen Kreisen Ehstlands der Gedanke auf, um eine Reglementirung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Gutsherren und Bauern mit all ihren üblen Folgen von vornherein auszuschließen, der Agrarverfassung den freien Kontrakt zu Grunde zu legen; der freie Kontrakt mußte aber die Verzichtleistung der Gutsherren auf alle Rechte an die Person des Bauern und damit nicht nur die Aufhebung der Leibeigenschaft, sondern auch die Beseitigung der Schollenpflicht zur Folge haben. Am 27. Juli 1810 wurde der Antrag gestellt — von wem ist bisher unbekannt geblieben —, daß „wenn das Eigenthum der Gutsherrn an ihren Ländereien in Gefahr käme oder ein neues Opfer an Leistungen angeordnet werden sollte“ ein Plan zur Aufhebung der Leibeigenschaft entworfen werden möchte.²⁷⁾

Nachdem jede Bemühung um die Beibehaltung der geltenden Bauerverordnung resultatlos geendigt hatte und damit die Gefahr

der kostspieligen Katastrirung unabwendbar schien, wurde der „Plan zur Aufhebung der Leibeigenschaft“ weiter verfolgt. Durch Vermittelung des ehemaligen Generalgouverneurs von Ehstland, des Prinzen Georg von Holstein-Oldenburg²⁸⁾ vergewißerte sich die Ritterschaft dessen, wie Kaiser Alexander I. den Plan aufnehmen werde. Der prinzipliche Generalgouverneur wies die Bitte anfänglich zurück, brachte jedoch darauf zur Kenntniß der Ritterschaftsrepräsentation, daß der Monarch den Gedanken der Aufhebung der Leibeigenschaft mit sichtbarem Wohlgefallen aufgenommen habe.²⁹⁾ Mit kaiserlicher Genehmigung berieth die Ritterschaft alsdann auf einem außerordentlichen Landtage im Jahre 1811 die hochbedeutende Frage. Schon am 24. Februar 1811 wurden die wesentlichsten Bestimmungen vom Landtag angenommen und am 8. März mit der Bitte um die monarchische Bestätigung in die Residenz abgefertigt.

Bereits am 31. März desselben Jahres genehmigte Kaiser Alexander I. die Beschlüsse der ehstländischen Ritterschaft in den schmeichelhaftesten Ausdrücken. Der Monarch hob in dem an den Minister des Innern D. P. Kosodawlew am 31. März 1811 gerichteten Handschreiben³⁰⁾ ausdrücklich hervor:³¹⁾ „Ich ersehe, daß der ehstländische Adel bei seinem Vorhaben bloß von dem einen Wunsch des wahren Wohles für die gutherrlichen Bauern geleitet wird und daß die allgemeinen Grundsätze sich als aller verdächtigen Gesichtspunkte des Eigennutzes baar darstellen“.

Der Kaiser gestattete „gern“, daß die vom Landtag aufgestellten sechs allgemeinen Gesichtspunkte die Basis der neuen Agrarverfassung bildeten und genehmigte die Konstituierung eines Komite's zur Abfassung einer, den formulirten Grundsätzen entsprechenden Verordnung aus der Mitte der Ritterschaft, befahl aber die Sache so zu behandeln, daß „sie bis zu ihrer völligen Beendigung nicht ruckbar werde“. Zum Schluß sprach der Monarch die Hoffnung aus, das Vorgehen des ehstländischen Adels werde „seinen Mitbrüdern zum guten Beispiel dienen.“³²⁾

Die vom ehstländischen Landtag in Vorschlag gebrachten und vom Kaiser bedingungslos genehmigten sechs Grundzüge waren folgende:

1. Die Gutsbesitzer dürfen die Bauern nicht verkaufen, nicht abtreten, noch an den Boden binden, weder familienweise noch einzeln.
2. Ueber die von den Bauern genutzten Ländereien, die Eigenthum der Gutsherren bleiben, sind zwischen diesen und jenen gegenseitige freie Vereinbarungen oder Kontrakte abzuschließen.
3. Solche freie Kontrakte dürfen erst nach Ablauf von vier Jahren von der Promulgation und Publikation des

Gesetzes an gerechnet, abgeschlossen werden. In den darauf folgenden sechs Jahren dürfen die Bauern, wenn sie es wollen, auf ihren Stellen bei ihren früheren Leistungen an den Guts Herrn verbleiben ohne Kontrakte abzuschließen.

4. Enthält Bestimmungen zur Verhütung des Umhertreibens der Bauern.
5. Alle öffentlichen Lasten, deren Leistung nicht dem Guts Herrn persönlich obliegt, sind von der Bauergemeinde zu tragen und der Guts Herr haftet nicht für sie.
6. Die freie Wahl des Aufenthaltortes (der Bauern) ist auf die Grenze des ehstländischen Gouvernements zu beschränken, wobei es dem Bauern nicht erlaubt ist einem anderen Beruf als dem landwirthschaftlichen nachzugehen. Die Bauern Ehstlands genießen das Recht unbewegliches Eigenthum zu erwerben und zu vererben, ebenso wie alle Stände des russischen Reiches.

Die französische Invasion und der nachfolgende Krieg verzögerten die Beendigung des Entwurfs.³⁴⁾ Nach erfolgter Prüfung im Reichsrath erhielt das Projekt am 23. Mai 1816 die kaiserliche Bestätigung³⁵⁾ und am 8. Januar 1817 wurde die Befreiung der ehstländischen Bauern zu Reval feierlich proklamirt.³⁶⁾

Den Kaiser erfüllte der von der ehstländischen Ritterschaft unternommene Schritt mit sichtlichem Wohlgefallen, denn seinem Plan gemäß sollten Ehst-, Liv- und Kurland in der Regelung der bäuerlichen Verhältnisse Rußland das Beispiel geben,³⁷⁾ so wenig auch thatsächlich die Voraussetzungen hüben und drüben die gleichen waren. Dem Kaiser lag es vor Allem daran für die Verbesserung des gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisses die Initiative des Adels anzuregen.³⁸⁾ Jeglicher Zwang sollte vermieden und nichts unternommen werden, was den Guts Herren zum Schaden gereichen könnte.³⁹⁾

Obgleich Alexander I. den Anschauungen Laharpes beipflichtend, anfänglich nur eine Normirung der bäuerlichen Lasten wünschte, scheint er doch später mehr dem Plan seines einflußreichen Rathgebers Speranski⁴⁰⁾ gefolgt zu sein, der die allmähliche Aufhebung der Leibeigenschaft befürwortete und hierbei zwei Perioden im Auge hatte: in der ersten sollte die Schollenpflicht bei bemessenen Frohndiensten herrschen, in der zweiten die völlige Bewegungsfreiheit der Bauern obwalten.⁴¹⁾ Der ehstländische Gesetzentwurf entsprach insofern diesem Plan, als er die Bauern durch einen transitorischen Zustand, während dessen die Schollenpflicht bestehen und das Regulativ von 1804 gelten bleiben sollte, im Laufe von 14 Jahren zur Freiheit führte. Der Kaiser nahm daher mit Befriedigung die von der ehstländischen Ritterschaft vorgeschlagene Modalität der Bauernbefreiung auf. Er hegte nicht die geringsten Bedenken gegen die beiden Kernpunkte der neuen

Ordnung: das unbeschränkte Eigenthumsrecht der Gutsherren am gesammten Lande und den freien Pachtkontrakt, sondern empfahl, wie wir sahen, das nach diesen Grundsätzen abgefaßte Gesetz warm den anderen baltischen Ritterschaften zur Nachahmung. Fürderhin konnte es nur eine Frage der Zeit sein, wann Liv- und Kurland dem monarchisch befürworteten Vorbilde folgen würden. Zunächst trat an Kurland die „Anregung“ heran, das ehstländische Gesetz zu wählen, während Livland, das bereits durch die Bauerverordnung von 1804 die Leibeigenschaft in die Schollenpflicht umgewandelt hatte, wenige Jahre später veranlaßt wurde nachzufolgen.

Beim Zusammenbruch der altlivländischen Konföderation war Kurland von allen Theilen, in die der Staatenbund zerstückelt wurde, das günstigste Loos zugefallen: es wurde 1561 ein polnisches Lehnsherzogthum. Weit weniger als Liv- und Ehstland der Kampfplatz blutigen Ringens nordischer Mächte um die Herrschaft an der Ostsee bildeten die Herzogthümer Kurland und Semgallen, 234 Jahre lang, bis zu ihrer Vereinigung mit Rußland im Jahre 1795, einen selbständigen Staat.⁴²⁾

An der Spitze des neuen Gemeinwesens stand der Herzog, der zwar vom König von Polen die Investitur empfing und verpflichtet war bei jedem Thronwechsel in Polen um ihre Erneuerung nachzusuchen, aber doch Würden, Rechte und Freiheiten eines selbständigen Regenten genoß.⁴³⁾ Er hatte das Recht Bündnisse und Verträge abzuschließen, Gesandtschaften zu entsenden und zu empfangen, die Münzhoheit auszuüben, Landtage zu berufen, Justiz- und Polizeibeamte anzustellen rc.

Mehr als durch die polnische Lehnsoberrheit war die herzogliche Gewalt durch die außerordentliche Macht des Adels beschränkt.

Der erste Herzog von Kurland Gotthard Kettler bestätigte bei der Uebernahme der Herrschaft am 7. März 1562 alle Rechte des Adels, sowie der übrigen Stände und erkannte der Ritterschaft im Privilegium Gotthardinum vom 20. Juni 1570⁴⁴⁾ besondere Vorzüge zu. Auf Grund dieser Urkunden und späterer Landtagsbeschlüsse wurde der innere Rechtszustand geordnet.

Als nach dem Tode Herzog Gotthards — 17. Mai 1587 — seinen beiden Söhnen Friedrich und Wilhelm die herzogliche Macht zugefallen war, rief der Dualismus in der Herrschaft einen schweren Konflikt zwischen den beiden Herzögen und der Ritterschaft hervor, der mit dem Siege des Adels endete. Durch die Entscheidung des Königs von Polen war die herzogliche Machtsphäre in ihrer Beziehung zur ritterschaftlichen abgegrenzt und ein Grundgesetz geschaffen, das dem kurländischen Adel einen weitgehenden Einfluß auf die öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten des Herzogthums einräumte. Die „Formula Regiminis“ vom Jahre 1617 schuf

ein neues Verwaltungsrecht und in den „Statuta Curlandica“, vom selben Jahr wurden das Privatrecht, das Kriminalrecht und der Prozeß kodifizirt.⁴⁵⁾

Die in der Regimentsformel gesetzlich begründete Verwaltungs- und Justizorganisation bestand in der Hauptsache während des 17. und 18. Jahrhunderts fort und war folgendermaßen geregelt.

Dem Herzog waren vier Oberräthe⁴⁶⁾ und zwei rechtsgelehrte Räthe beigegeben, die nicht nur die oberste Verwaltungsbehörde, sondern auch zugleich die höchste Gerichtsinanz, das Hofgericht, bildeten. Die vier Oberräthe waren vom Herzog aus den befähigten Edelleuten zu erwählen, während die beiden Räthe auch bürgerlichen Standes sein durften.⁴⁷⁾

Die Räthe vertraten den Herzog in seiner Abwesenheit oder Minderjährigkeit und verwalteten alsdann das Herzogthum mit allen dem Herzog selbst zustehenden Befugnissen.⁴⁸⁾ Sie hatten namentlich über die Aufrechterhaltung der Rechte aller Bewohner des Herzogthums zu wachen und waren ermächtigt, falls der Herzog sich einer Rechtskränkung schuldig machte, ihn „zu ermahnen und zu warnen“.⁴⁹⁾

Die Gesamtheit der Räthe bildete, wie gesagt, das Hofgericht, später Oberhofgericht genannt, das in Zivilsachen als Appellationsinstanz der Untergerichte fungirte, in Kriminalsachen der Edelleute aber, durch vier Oberhauptleute verstärkt, die erste Instanz darstellte.⁵⁰⁾ Von dem Hofgericht ging die Appellation an das königliche Relationsgericht in Warschau, doch wurde später (1768) das Recht der Appellation nur Adelligen und Hofgerichtsadvokaten in ihren eigenen Sachen gestattet.⁵¹⁾

Dem Hofgericht waren vier Oberhauptmannsgerichte untergeordnet, an deren Spitze je ein vom Herzog ernannter Oberhauptmann stand. Sie bildeten in Zivilsachen aller im Kreise angehörender Personen und in Kriminalsachen Bürgerlicher die erste Instanz.⁵²⁾ Die Oberhauptleute sollten allmählich in das Kollegium der herzoglichen Räthe aufrücken, doch ernannte der Herzog oft die einzelnen Oberräthe nach eigener Wahl. Die Oberhauptleute gingen aus den acht Hauptleuten hervor,⁵³⁾ denen die unmittelbare Verwaltung der herzoglichen Güter, sowie die Rechtspflege über die auf den Domänen angehörenden Bauern und Personen niederen Standes übertragen war.⁵⁴⁾ In jeder der vier Oberhauptmannschaften wirkte ein Mannrichter, dem die Ausführung der richterlichen Urtheile oblag.⁵⁵⁾ Die Kriminaljurisdiktion über die Privatbauern stand den Gutsherren zu,⁵⁶⁾ doch hatte, wenn es sich um todeswürdige Verbrechen handelte, ein besonderes Gericht aus einigen benachbarten Gutsherren und bauerlichen Rechtsfindern zusammengesetzt, das Urtheil zu sprechen.⁵⁷⁾

Die Gesamtheit der Gutsherren war im Landtage verkörpert, der bis 1617 aus allen adeligen und nichtadeligen Eigenthümern von Rittergütern bestand. Nachdem jedoch der Adel 1617 das ausschließliche Recht des Güterbesitzes errungen hatte,⁵⁸⁾ setzte sich der Landtag nur aus den Repräsentanten der adeligen Gutsbesitzer zusammen⁵⁹⁾ und war zu Beginn des 19. Jahrhunderts wie folgt organisiert: Ostpreussischem Muster nachgebildet, stellte ihn die Versammlung der Deputirten dar, die in den 27 politischen Kirchspielen Kurlands vom eingeseßenen Adel erwählt wurden. Die Deputirten oder Landboten traten unter der Leitung des von ihnen erkorenen Landbotenmarschalls zunächst zu dem ersten Landtags- oder „Relationstermin“ zusammen, lediglich um von den Vorlagen Kenntniß zu gewinnen. Hierauf kehrten sie in ihre Kirchspiele zurück, berichteten über die Verhandlungsgegenstände und holten die Meinung der Majorität ihrer Auftraggeber ein. Nach Verlauf von spätestens drei Monaten vereinigten sich die Deputirten in Mitau zum zweiten Landtags- oder „Instruktionstermin“ und überreichten die Entscheidungen der Kirchspiele. Die alsdann festgestellte Meinung der Mehrheit der Kirchspiele galt als Beschluß der gesamten Ritter- und Landschaft.⁶⁰⁾ Außer den Landtagen gab es in Kurland seit 1712 noch sogenannte „brüderliche Konferenzen“, an denen alle Glieder der kurländischen Ritterschaft theilnahmen, die Stimmrecht hatten.⁶¹⁾ Die Konferenzen wurden in außerordentlichen Fällen vom Herzog berufen, ohne dessen Zustimmung ihre Beschlüsse, ebenso wie die der Landtage, keine Gesetzeskraft erhielten.⁶²⁾

Die 1617 geschaffenen Grundgesetze hatten Kurland zu einer Adelsoligarchie ausgestaltet, an deren Spitze zwar ein regierender Fürst, der Herzog, stand, ein Fürst jedoch, der um seine Herrschaftsrechte stetig mit dem stolzen und machtvollen Adel zu ringen hatte. Als Herzog Friedrich Kasimir im Januar 1698 starb, brach eine Epoche an, in der Kurland Jahrzehnte lang ein Herzogthum ohne Herzog war. In dieser Periode, die erst 1758 ein Ende nahm, befestigte sich die Machtstellung des Adels so sehr, daß die Edelleute den Herzog thatsächlich kaum mehr als den ersten unter ihresgleichen betrachteten.⁶³⁾ Es verstand sich unter solchen Umständen von selbst, daß die Gerechtsame der adeligen Gutsherren dem Landvolk gegenüber nahezu unbeschränkte waren.

Zur herzoglichen Zeit existirten keine Gesetze, die den Gutsherrn gehindert hätten über die Person und das Vermögen der Leibeigenen frei zu verfügen.⁶⁴⁾ Die Statuta Curlandica verliehen⁶⁵⁾ den Gutsherren das Recht ihren Unterthanen beliebige Gesetze vorzuschreiben, sofern nur das Staatsrecht Kurlands nicht verletzt würde. Der Bauer befand sich somit völlig in gutsherrlicher Gewalt, die lediglich in strafrechtlicher Hinsicht und zwar auch nur

insoweit beschränkt war, als Leibeigene allein von den peinlichen Gerichten, die aus Gutsherren und Rechtsfindern bäuerlichen Standes gebildet wurden, zum Tode verurtheilt werden durften.⁶⁶⁾ Die Landbevölkerung war gänzlich an die Scholle gebunden, der Prozeß wegen entlaufener Leibeigener sehr ausgebildet.⁶⁷⁾ In der Mitte des 17. Jahrhunderts galt zwar die Vorschrift, daß Bauern, die zur Zeit einer Hungersnoth von ihrem Herrn nicht versorgt worden seien, aber in Städten eine Zuflucht gefunden haben, vom Herrn nicht reklamirt werden dürften, allein jene Bestimmung wurde 1717 aufgehoben⁶⁸⁾ und damit die bäuerliche Landpflichtigkeit zum schärfsten Ausdruck gebracht. Nur Mädchen und Wittwen war es gestattet auch ohne gutherrliche Zustimmung die Ehe mit fremden Leibeigenen einzugehen und der Heirath wegen das Gebiet ihres Erbherrn, ohne zurückgefordert werden zu dürfen, zu verlassen.⁶⁹⁾ In späterer Zeit mußte der Konsens des Erbherrn zur Eheschließung einer Leibeigenen mit einem Freien oder dem Hörigen eines anderen Gutsherrn vom Bräutigam gegen Entrichtung von 20 Thalern Albertus erkaufte werden, doch kam diese Zahlung am Schluß des 18. Jahrhunderts außer Gebrauch. Dagegen hingen die Eheschließungen der einem Erbherrn gehörigen Leibeigenen unter sich, lediglich von der Willkür des Gutsherrn ab.⁷⁰⁾

Wie die Person des Leibeigenen gutherrliches Eigentum war — Verkäufe einzelner Bauern ohne Land und auch ganzer Familien kamen nicht selten vor —⁷¹⁾ so nicht minder seine Habe.⁷²⁾

Das Verhältniß der Leibeigenen zum Grund und Boden entbehrte jeglicher Regelung, weder stand den Bauern ein Nutznießungsrecht zu, noch waren die Frohndienste normirt.⁷³⁾ Die Bauerländereien waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts durchweg ungemessen, die Ausdehnung der Aecker wurde blos nach der Ausfaat geschätzt,⁷⁴⁾ von einer Bonitur des Bodens war nicht die Rede, es fehlte also die feste Grundlage zur Herbeiführung einer Aequivalenz zwischen dem bäuerlichen Soll und Haben.

In Kurland waren demnach die gutherrlichen Gerechtsame über die Person des Unterthanen fast völlig unbeschränkt, die bäuerlichen Besitzrechte am Grund und Boden nicht gesichert, die Frohndienste ungemessen, selbst die fahrende Habe der Leibeigenen gehörte dem Erbherrn. Es herrschte somit dort die unbedingte Leibeigenschaft⁷⁵⁾ und wiewohl zu derselben Zeit, da in Liv- und Ehstland Reformen in Angriff genommen wurden (1803) auch von Gliedern des kurländischen Adels die Beschränkung der gutherrlichen Rechte beantragt wurde,⁷⁶⁾ so glaubte man doch einer Neuordnung entrathen zu können und die unbedingte Leibeigenschaft bestand rechtlich bis in das zweite Dezennium des 19. Jahrhunderts fort. Obwohl aber der kurländische Leibeigene noch bis 1817 gesetzlich weit schlechter gestellt war, als der Hörige in Liv- und

Chstland, so befand er sich dennoch thatsächlich mindestens ebenso gut, wie seine Berufsgenossen nördlich der Düna. Das patriarchalische Verhältniß des Gutsherrn zum Bauern ließ den Fröhner die Fesseln der Leibeigenschaft kaum spüren. Am besten war die Lage der Bauern auf den zahlreichen herzoglichen Domänen, am wenigsten günstig wohl im Piltenischen Kreise.⁷⁷⁾

Kurland liefert den seltenen, vielleicht einzigartigen Beweis dafür, daß ein wahrhaft patriarchalisches Verhältniß zwischen Gutsherrn und Bauern den Eingriff allgemein verbindlicher Gesetze entbehrlich macht. Solche glückliche Zustände können sich freilich nur in einem Lande entwickeln, dem eine lange Friedenszeit beschieden gewesen ist, und wo eine festbegründete Selbstverwaltung äußeren Einflüssen entrückt, ihre Kräfte ungehindert zu entwickeln vermag. Kurland ist weit weniger als Liv- und Chstland durch Feuer und Schwert verwüstet worden, hat nicht wie Livland die polnischen Wirren erdulden, nicht wie beide Schwesterprovinzen das schwedische Raubsystem der Güterreduktion über sich ergehen lassen müssen und ist von den Veränderungen der Staatshalterschaftszeit kaum berührt worden.⁷⁸⁾

Das Leben des Adels zeichnete sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch Schlichtheit aus. Der Gutsherr war wenig darauf bedacht seinen Gütern möglichst große Einnahmen abzugewinnen, er lebte zwar sehr gesellig, fand aber an einem überaus schlichten Lebenszuschnitt Genüge und die geringen Bedürfnisse des einfachen Haushalts wurden von einer kleinen Hofswirtschaft leicht gedeckt. Die gutherrlichen Felder waren von geringem Umfang, die Höfe schlecht bebaut, landwirthschaftliche Nebenbetriebe nicht vorhanden, daher auch die bäuerlichen Frohndienste nicht drückend.⁷⁹⁾

Die öffentlichen Lasten waren gering, denn der Grundbesitz des Adels hatte keinerlei ordentliche staatliche Steuern zu tragen,⁸⁰⁾ sondern nur in Kriegszeiten den Rosßdienst zu leisten, der seit 1727 durch Geldzahlungen abgelöst wurde.⁸¹⁾ Außerordentliche „Kontributionen“ in bedrängter Zeit durfte der Herzog nur mit Bewilligung der Ritter- und Landschaft auferlegen.⁸²⁾ Von regulären Auflagen zum Unterhalt des Militärs war Kurland im Gegensatz zu Livland, das schwer durch Lasten dieser Art bedrückt wurde, gänzlich verschont, denn die wenigen ständigen Soldaten des Herzogs verursachten geringe Kosten.⁸³⁾

Die staatlichen Einnahmen des Herzogthums bestanden im Wesentlichen aus den Revenuen der sehr ansehnlichen Domänen, aus den Erträgen der Zölle, der Post und einiger anderer fürstlichen Regalien.⁸⁴⁾

Während den Gutsherrn demnach die Entrichtung staatlicher Steuern erspart blieb, waren sie doch nicht von jeglicher Grund-

steuer befreit, denn sie mußten die Landeswilligungen aufbringen, die den Zweck hatten die Stellung der Ritter- und Landschaft als Landstand zu erhalten. Die nach der Hakenzahl⁸⁵⁾ umgelegten Willigungen waren für die damalige Zeit bisweilen bedeutend und drückend⁸⁶⁾.

Dem Adel gehörte nicht mehr als die Hälfte des Landes, während $\frac{2}{5}$ des gesamten ländlichen Grundbesitzes von den Staatsdomänen eingenommen wurden und der Rest auf die Widmen der Pastoren, sowie der Oberhaupt- und Hauptleute entfiel, denen Landnutzungen anstatt baaren Gehaltes zugewiesen waren. Dagegen genoß der Adel ein Vorrecht, das seinen zahlreichen und wenig bemittelten Gliedern eine willkommene Gelegenheit zum Erwerb darbot: nur Edelleuten durften die herzoglichen Domänen verpachtet werden⁸⁷⁾ und wurden in der Regel auf eine Reihe von Jahren nach einem billigen Anschlag vergeben.⁸⁸⁾ Der Herzog Peter Biron begann zwar 1786 dieses Recht des Adels zu mißachten, indem er die Domänen in große Oekonomien zusammenlegte und durch Beamte verwalten ließ, allein der Adel führte bei der Oberlehnsheerrschaft, der polnischen Regierung, Klage und erlangte die Wiederherstellung der alten Ordnung.⁸⁹⁾

Der altkurländische Grundsatz: „leben und leben lassen“ leitete die Gutsherren in ihrem Verhalten zu den Leibeigenen und bewog sie nicht nur von ihrer gesetzlich unbefchränkten Gewalt maßvollen Gebrauch zu machen, sondern auch den Bauern nach Möglichkeit, in Fällen ökonomischer Bedrängniß hilfreich beizustehen. Die Hilfsbereitschaft der Gutsherren ging vielleicht sogar zu weit, denn die Bauern gewöhnten sich daran, auf Vorstöße aus den Hofswirtschaften zu rechnen, wurden sorglos und lässig, während ihre Schuldverbindlichkeiten den Gutsherren gegenüber stetig wuchsen.⁹⁰⁾

Wiewohl die Verhältnisse, in denen die kurländischen Bauern zu Ende des 18. Jahrhunderts lebten, im Einzelnen Manches zu wünschen übrig ließen, so waren sie doch im Ganzen günstigere, als die bäuerlichen Zustände Liv- und Ehstlands. Hierzu mag nicht wenig der Umstand beigetragen haben, daß der Adel Kurlands rege Beziehungen zu Preußen unterhielt, während die benachbarten Liv- und Ehstländer ihr Glück in Rußland zu suchen pflegten. Die Söhne kurländischer Edelleute und Bürger bezogen häufiger, als die Sprossen livländischer und ehstländischer Häuser deutsche Universitäten, mit Vorliebe Königsberg,⁹¹⁾ und traten zahlreicher als jene in das preussische Heer.⁹²⁾

In Preußen lernten nun die Kurländer die Reformen kennen, die Friedrich der Große seit 1777 den Domänenbauern angedeihen ließ,⁹³⁾ während die Söhne Liv- und Ehstlands, die zahlreich im russischen Kriegsdienst standen, das von der Staatsregierung

Rußlands aufrechterhaltene System der unbedingten Leibeigenschaft stets vor Augen hatten. Die ungleichen Erfahrungen mußten auf den empfänglichen Sinn der Jugend verschieden wirken und bei den Kurländern andere Anschauungen über die pflichtgemäße Stellungnahme des Guts Herrn zu den Bauern hervorrufen, als bei den Eht- und Livländern.

Die trotz mancher Mängel für ihre Zeit immerhin ungewöhnlich glücklichen Lebensbedingungen der kurländischen Bauern, änderten sich in manchen Stücken zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Nachdem Kurland mit Rußland 1795 vereinigt worden war,⁹⁴⁾ trat eine schlimmere Periode ein, in der einige Guts Herren aus Furcht davor, daß ihnen harte staatliche Lasten auferlegt würden, beflissen waren die Einkünfte ihrer Güter dadurch zu mehren, daß sie ihre Hofsfelder vergrößerten und die Kräfte der Fröhner mehr wie bisher anspannten.⁹⁵⁾ Allein die Mehrzahl der Guts Herren verurtheilte eine solche Handlungsweise und schonte in eigenem wohlverstandenen Interesse ihre Bauern nach Möglichkeit, wiewohl eine Epoche schwerer landwirthschaftlicher Krisis hereinbrach, in der die wenig wohlhabenden Guts Herren Kurlands mit Bedrängniß zu kämpfen hatten.

Ebenso wie in Eht- und Livland waren auch in Kurland die Jahre 1806—1816 mit wirthschaftlichen Sorgen erfüllt.

Kurland, das zu herzoglicher Zeit von staatlichen Leistungen und Steuern befreit war,⁹⁶⁾ hatte nach seiner Vereinigung mit Rußland im Reichsinteresse erhebliche Lasten zu tragen, wiewohl in dem Unterwerfungsvertrage vom 15. April 1795 „der Ritter- und Landschaft, den Städten und allen Bewohnern“ die bisherigen „Rechte und Vorzüge“ zugesichert worden waren.⁹⁷⁾ So wurde schon am 1. Mai 1795 das Zollwesen in die neue Provinz eingeführt, und der Zolltarif vom Jahre 1782 in Geltung gesetzt,⁹⁸⁾ so mußte Kurland, gleich Livland die Aufhebung der Statthalterchaftsverfassung⁹⁹⁾ mit der Stellung von Rekruten bezahlen,¹⁰⁰⁾ weiter die Kopfsteuer,¹⁰¹⁾ die Gouvernements-Statgelder¹⁰²⁾ und die Stempelsteuer erlegen, eine Getränke- und Branntweinsteuer entrichten, endlich eine namhafte Truppenzahl unterhalten.¹⁰³⁾ Alle diese Steuern wurden willig getragen, während die Ritter- und Landschaft gegen die Belastung des Grund und Bodens mit der „Besitzwechselsteuer“, „Крепостнойшлин“ genannt, nachdrückliche und vollberechtigte Einwände erhob.

Die „Besitzwechselsteuer“, die Livland im Jahre 1783 aufgelegt wurde, sollte auch in Kurland, gleich nach seiner Vereinigung mit Rußland, zur Erhebung gelangen, Kaiser Paul entschied jedoch im entgegengesetzten Sinn und auch Kaiser Alexander I. befreite Kurland von dieser Last.¹⁰⁴⁾ Ungeachtet dessen beliebte jedoch der Senat im Jahre 1812 die Erhebung der Besitzwechselsteuer anzubefehlen, wogegen die kurländische Ritterschaft Protest erhob,

ohne indeß einen vollen Erfolg zu erzielen. Zwar sistirte der Generalgouverneur Marquis Paulucci auf die Bitte der Ritterschaft die Einforderung der Steuer bis zu einer endgiltigen kaiserlichen Entscheidung, allein diese konnte zunächst nicht erlangt werden.¹⁰⁵⁾ Die Besorgniß, daß die vom Marquis Paulucci angeordnete Suspension der Entrichtung nicht nur aufgehoben, sondern auch die hohe Steuer¹⁰⁶⁾ nachträglich beigetrieben werden könnte, lastete um so schwerer auf den Gutsbesitzern, als Kurland, wie angedeutet, in den Jahren 1806—1816 einen wirthschaftlichen Nothstand zu erleiden hatte.

Das Kaiserliche Manifest vom 30. November 1806 das zur Beschirmung der Reichsgrenze im Kriege mit Frankreich eine Landmiliz zu bilden befahl, legte der Provinz große Opfer auf.¹⁰⁸⁾ Im folgenden Jahr suchte eine Hungersnoth die Bewohner heim, die bis in das Jahr 1808 währte, und kaum war dieser, durch Mangel an Getreide bedingte Nothstand überwunden, so brach eine landwirthschaftliche Krisis herein, die durch die Absaglosigkeit des Getreides hervorgerufen wurde. Die Kontinentalsperre legte den Handel mit England, das stets der größte Abnehmer ostprovinzieller Handelsartikel gewesen ist, seit 1808 vollständig lahm,¹⁰⁸⁾ die Getreidepreise fielen unerhört und zahlreiche Gutsbesitzer geriethen in Konkurs. Die Ritter- und Landschaft sah sich genöthigt um außerordentliche gesetzgeberische Maßnahmen nachzusuchen.¹⁰⁹⁾

Es wurde auf die Bitte der Ritterschaft von der Staatsregierung ein Moratorium erlassen,¹¹⁰⁾ vom Landtag eine zweckmäßigere Prozeß- und Konkursordnung ausgearbeitet,¹¹¹⁾ deren Bestätigung aber nicht erlangt werden konnte und von der Ritterschaft seit 1811 die Gründung eines Kreditvereins betrieben.¹¹²⁾ Noch war es nicht möglich gewesen der ökonomischen Bedrängniß zu steuern, da brachte das Kriegsjahr 1812 Kurland die verheerende Invasion des Feindes.¹¹³⁾

Die Gutsherren empfanden die seit der Vereinigung Kurlands mit Rußland dem Grund und Boden auferlegte Steuerlast¹¹⁴⁾ und die mit dem Jahre 1806 anhebende landwirthschaftliche Krisis um so schwerer, als sie seit 1795 jenes Vorrecht entmiffen mußten, das ihnen zur herzoglichen Zeit eine reichlich fließende Einnahmequelle bot: das Vorrecht auf den Pachtbesitz der zahlreichen Domänengüter. Um die Wiedererlangung dieses alten Rechtes war die Ritterschaft in der Folge lebhaft, aber wie wir sehen werden, erfolglos bemüht.

Die wirthschaftliche Noth, unter der die Provinz litt, konnte zwar nicht ohne Einwirkung auf den Zustand des Landvolkes bleiben, allein die Bauern der Privatgüter befanden sich trotzdem in einer erträglichen Lage,¹¹⁵⁾ weil sie die Fürsorge ihrer Erbherren in reichlichem Maß genossen.

Waren auch einzelne Gutsherren beflissen die Kräfte der Fröhner ungebührlich anzuspannen, so verurtheilte doch die Mehrzahl diese Handlungsweise und schonte aus eigenem wohlverstandenen Interesse die Bauern.¹¹⁶⁾

Man ist gewiß geneigt anzunehmen, daß die gutsherrlich-bäuerlichen Beziehungen bei dem Mangel gesetzlicher Zwangsmittel in Wirklichkeit nicht so glücklich gewesen seien, wie die Schilderungen, die zumeist aus den Kreisen des kurländischen Adels hervorgegangen sind, sie erscheinen lassen. Amtliche Äußerungen dokumentiren jedoch vollauf die Richtigkeit aller derjenigen Darstellungen, die dem zwischen den Gutsherren und Bauern herrschenden patriarchalischen Verhältniß einen überaus günstigen Einfluß auf die Lage der Landbevölkerung zuschreiben. Äußerungen dieser Art wurden geltend gemacht, als auch die gesetzliche Sicherung des kurländischen Bauernstandes unabweislich geworden war.

Nachdem in Livland durch das Gesetz vom Jahre 1804 die Leibeigenschaft in die Erbhinterthümigkeit umgewandelt, Estland aber 1811 weitergegangen war und die völlige Emanzipation der Bauern angeregt hatte,¹¹⁷⁾ wünschte Kaiser Alexander I. auch in Kurland die gutsherrlichen Rechte und bäuerlichen Pflichten den Forderungen der Zeit entsprechend bemessen zu sehen. Mit völliger Uebergangung des Landtags befahl der Monarch am 31. August 1814¹¹⁸⁾ dem Generalgouverneur Marquis Paulucci eine Kommission aus Gliedern der kurländischen Ritterschaft¹¹⁹⁾ niederzusetzen und sie mit der Aufgabe zu betrauen, im Laufe von zwei, „spätestens drei Monaten“ einen Plan zu entwerfen, der die Pflichten der Bauern regelte und „das Wohl derselben, sowie das der Gutsherren begründe“.

Die bedeutungsvolle Reform sollte sonach ohne jegliches Zutun des kurländischen Landtages von einer kaiserlich ernannten Kommission in Angriff genommen werden. Diese ungewöhnliche Modalität, die auch dem in Estland bei der Aufnahme der Agrarreform eingeschlagenen Verfahren nicht entsprach,¹²⁰⁾ hatte der Generalgouverneur Marquis Paulucci erdacht und beim Monarchen durchgesetzt, um, wie er sich ausdrückte, die Bildung von Parteien innerhalb des Landtages zu verhüten.¹²¹⁾ Jenes Vorgehen mußte die Ritterschaftsrepräsentation mit Besorgniß erfüllen, denn wiewohl in der Kommission lediglich Glieder der Ritterschaft saßen, so war doch durch die Art ihrer Berufung eines der wichtigsten Rechte der Ritter- und Landschaft gekränkt worden: das Recht des Gehörtwerdens. Der Ritterschaftskomitee, dem die ständige Wahrung der Landesrechte obliegt, konvozierte denn auch sogleich die Kirchspiele¹²²⁾ und legte ihnen die Frage vor, ob nicht bei der Staatsregierung um die Zusammenberufung einer „brüderlichen Konferenz“ anzufuchen sei, die von sich aus

dem Monarchen eine Reformkommission in Vorschlag zu bringen hätte.¹²³⁾ Die Mehrheit der Kirchspiele bejahte die Frage und ersuchte den Ritterschaftskomitee für die Aufrechterhaltung der Privilegien und Rechte des Landes wirksam sein zu wollen. In Folge dessen richtete der damalige Landesbevollmächtigte Kammerherr Karl Graf Medem auf Alt-Nug an den Kaiser Alexander I. nach Wien, wo die Monarchen Europas zum Kongreß versammelt waren, die Bitte, der Ritterschaft gestatten zu wollen auf einer brüderlichen Konferenz die Regulirung der Bauerverhältnisse berathen zu dürfen.¹²⁴⁾ Jenes Gesuch hatte jedoch nur den Erfolg, daß der Generalgouverneur Marquis Paulucci dem Ritterschaftskomitee eröffnen ließ, falls Kaiser Alexander I. den bereits vorliegenden, von der Kaiserlich ernannten Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwurf nicht bestätigen, sondern abzuändern befehlen werde, der Ritter- und Landschaft alsdann die Möglichkeit gewährt werden solle, ihre Wünsche zu verlautbaren.¹²⁵⁾

Der Entwurf fand, wie wir sehen werden, in der That nicht die Billigung des Monarchen und die Ritterschaft gewann vollauf Gelegenheit ihre Ansichten zur Geltung zu bringen.

(Schluß folgt).

U n m e r k u n g e n .

1) A. N. Пыпин: „Die geistigen Bewegungen in Rußland in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts“. 1. Band: „Die russische Gesellschaft unter Alexander I.“ Aus dem Russischen übertragen von Professor Dr. Boris Minzès, autorisirte Uebersetzung der 2. vermehrten Auflage. Berlin 1894, S. 89 ff.

2) Theodor v. Bernhards: „Geschichte Rußlands und der europäischen Politik in den Jahren 1814–1831“. 2. Theil, Leipzig 1875, S. 447 ff.: „Крестьянский вопрос России въ XVIII. и первой половинѣ XIX. вѣка“. В. II. Семевского. Томъ I. „Крестьянский вопросъ въ XVIII. и первой четверти XIX. вѣка“. С. Петербургъ 1888 (В. J. Semewski: „Die Bauernfrage Rußlands im 18. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts“. 1. Theil. „Die Bauernfrage im 18. Jahrhundert und im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts“. Petersburg 1888). S. 236 ff.

3) Professor Dr. J. Engelmann: „Die Leibeigenschaft in Rußland“, Leipzig 1884, S. 159 ff.; Semewski: a. a. O. S. 239 ff.

4) Богдановичъ: „Исторія царствованія Императора Александра I. в России въ его время“. Томъ I. С.-Петербургъ 1869 г., S. 72 ff. (Bogdanowitsch: „Geschichte der Regierung des Kaisers Alexander I. und Rußlands zu seiner Zeit“, 1. Band, Petersburg 1869, S. 72 ff.)

5) Vergl. auch: A. Brückner: „Zur Geschichte der Regierung Alexander I.“, „Baltische Monatschrift“, 14. Band 1866, S. 34 ff.; ferner: Engelmann: „Die Leibeigenschaft in Rußland“, S. 160 ff. — Der Graf Kotschubei hatte in Genf eine vorzügliche Erziehung genossen, war sodann unter Kaiser Paul bei der Gesandtschaft in London thätig gewesen, wo er sich mit der Verfassung Englands vertraut machte. Im Alter von 24 Jahren war er außerordentlicher Gesandter in Konstantinopel (1792), in kurzer Zeit Geheimrath und Bizekanzler

geworden. Vom Kaiser Paul verabschiedet, trat er in's Privatleben zurück, wurde jedoch vom Kaiser Alexander wieder in die Hauptstadt berufen, erhielt die Würde eines Senators und ward 1802 Minister des Innern. — Als der Begabteste von den Gliedern des Triumvirats galt Nikolai Nowossilzow, der zwar nur die Würde eines Kammerherrn trug, trotzdem aber dem Monarchen über die wichtigsten Angelegenheiten des Staates Vortrag hielt. Er wurde später Kurator des Petersburger Lehrbezirks, Präsident der Akademie der Wissenschaften, endlich Gehilfe des Justizministers. Nowossilzow hatte vier Jahre in England zugebracht und war ein Bewunderer englischer Verfassung und Zustände. — Fürst Adam Czartoryski, ein Pole, war sorgfältig erzogen worden und hatte gleich Kotshubei und Nowossilzow später einige Zeit in England zugebracht und dessen Verfassungsleben zum Gegenstande eifriger Studien gemacht. Schon in der Jugendzeit Adjutant des damaligen Großfürsten Alexander, wurde er dem Kaiser Alexander ein naher Vertrauter, der in den Jahren 1801—1803 viel Einfluß auf die Regierungsgeschäfte ausübte, ohne indeß irgend eine offizielle Stellung einzunehmen. Im Jahre 1803 wurde Czartoryski Gehilfe des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und hat als solcher eine bemerkenswerthe Rolle gespielt. — Graf Paul Stroganow, ein edler Charakter, hatte eine französische Erziehung genossen und gehörte zu den glühendsten Verehrern Mirabeaus. Er wurde in der Folge Gehilfe des Ministers des Innern, Grafen Kotshubei. Vergl. Bogdanowitsch: a. a. D. S. 73, Bernhardt: a. a. D. S. 454 ff., Brückner: a. a. D. S. 38 ff.

⁶⁾ Cesar Frederic Laharpe, geb. am 6. April 1754, gest. am 30. Mai 1838, entstammte einem alten Geschlecht des Waadtlandes, studirte Jurisprudenz und war in seinem Vaterlande Rechtsanwalt. Im Jahre 1782 reiste er nach Petersburg, wo die Kaiserin Katharina II. auf ihn aufmerksam wurde und ihm die Erziehung ihrer Enkel, der Großfürsten Alexander und Konstantin anvertraute. Den Mittelpunkt seiner Lebensthätigkeit bildeten Bestrebungen um die Befreiung des Waadtlandes von der Herrschaft Berns. Laharpe war ein lebhafter Verteidiger der französischen Revolution und ihrer Grundideen, was die Kaiserin Katharina veranlaßte ihn seiner Stellung als Erzieher zu entheben. Er begab sich in die Schweiz und nahm an der Bewegung theil, die mit der Auflösung der alten Schweiz endigte. Im Juli 1798 trat er in das helvetische Direktorium, wurde aber bald aus diesem ausgestoßen und floh nach Frankreich. Im Jahre 1801 machte er eine Reise nach Rußland und wurde von seinem ehemaligen Schüler, dem Kaiser Alexander I., der ihm in Dankbarkeit zugethan war, wohlwollend aufgenommen und vielfach zu Rathe gezogen. Nach dem Wiener Kongreß lebte Laharpe in seinem Vaterlande. Vergl. Bluntzli und Brater: „Deutsches Staatswörterbuch“, 6. Band 1861, S. 190 ff.

⁷⁾ Gawril Dershawin (1743—1816) entstammte einer grundbesitzlichen Adelsfamilie, wurde in Orenburg von einem Deutschen erzogen, trat 1762 in das Preobraßenskische Garderegiment, nahm 1772—1776 an der Unterdrückung des Pugatschewschen Aufstandes theil und ließ sich 1777 in den Zivildienst (Senat) überführen. Durch seine 1782 verfaßte Ode „Felica“ erregte er die Aufmerksamkeit Katharinas II., die ihm ihr Wohlwollen zuwandte. Er wurde 1784 Gouverneur von Olonez, 1786 Gouverneur von Tambow, in der Folge Senator und Staatssekretär (1791). Alexander I. machte bei seinem Regierungsantritt den Dichter zum Justizminister.

⁸⁾ Die Verhandlungen des Komités sind von einem seiner Glieder, dem Grafen Paul Stroganow, aufgezeichnet und von Bogdanowitsch in den Beilagen zum 1. Bande seiner Geschichte der Regierung des Kaisers Alexander I. S. 61 ff. veröffentlicht worden.

⁹⁾ Brückner: a. a. D. S. 48 ff., Engelmann: a. a. D. S. 160 ff.

¹⁰⁾ Bogdanowitsch: „Geschichte etc.“ a. a. D. S. 98; Engelmann: a. a. D. S. 167.

¹¹⁾ Ukas am 12. Dezember 1801, Patent der livländ. Gouvernementsverwaltung vom 11. März 1802.

¹²⁾ Engelmann: a. a. D. S. 153.

¹³⁾ Engelmann: a. a. D. S. 165.

¹⁴⁾ Engelmann: a. a. D. S. 168.

¹⁵⁾ Die überaus abfälligen Aeußerungen Derzhawins über das Vorgehen des Grafen Rumänzow giebt Engelmann a. a. D. S. 168 ff. aus den Memoiren des Dichters Derzhawin wieder.

¹⁶⁾ Ukas vom 20. Februar 1803 und Ausführungsverordnung vom 21. Februar 1803, vollständige Sammlung der Reichsgeetze Nr. 20625.

¹⁷⁾ Wörtlich abgedruckt bei Engelmann: a. a. D. S. 181.

¹⁸⁾ Während der Regierungszeit Alexanders I. wurden blos in 161 Fällen 47,153 Bauern nebst ihren Familien auf Grund des Ukases vom 10. Februar 1803 von der Leibeigenschaft befreit und im Jahre 1857 gab es nicht mehr als 151,895 männliche Seelen, die jenem Gesetz Freiheit und Grundeigenthum zu danken hatten. Semewski: a. a. D. S. 266, Engelmann: a. a. D. S. 182.

¹⁹⁾ Vergl. Johannes von Reußler: „Bauernbefreiung in Rußland“ im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, herausgegeben von den Professoren J. Conrad, L. Elster, W. Lexis und Ed. Loening. 2. Band, S. 226 ff.

²⁰⁾ Abgedruckt in (Joh. Th. G. von Ewers) „Provisorische Verfassung des Bauernstandes in Ehtland“, St. Petersburg 1806, S. 37 ff. und in Heinrich Storch's Zeitschrift: „Rußland unter Alexander I.“, 7. Band, St. Petersburg 1805, S. 316 ff.

²¹⁾ Vergl. Ewers: a. a. D. S. 127, wo sich eine vergleichende Gegenüberstellung der gesetzlichen Bestimmungen Ehtlands und Livlands vom Jahre 1804 findet, die jedoch mit Vorsicht zu gebrauchen ist, da sie die ehtländischen Rechtsverhältnisse partiell darstellt.

²²⁾ § 9, der „Instruktion für die Kirchspiels-Richter“ bei Ewers: a. a. D. S. 107.

²³⁾ A. von Gernet: „Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Ehtland. Vortrag gehalten in der Section der Ehtländischen Litterarischen Gesellschaft für Erhaltung der Alterthümer“. Separatabdruck aus dem „Nevaler Beobachter“, Neval bei Franz Kluge. 1896, S. 13.

²⁴⁾ Semewski: a. a. D. S. 245.

²⁵⁾ Gernet: a. a. D. S. 17.

²⁶⁾ Siehe näheres bei Fr. Bienemann: „Pro domo“, „Baltische Monatschrift“, 26. Band 1879, S. 602 ff.; Gernet: a. a. D. S. 15 ff.

²⁷⁾ Bienemann: a. a. D. S. 603; Gernet: a. a. D. S. 20.

²⁸⁾ Nachdem Ehtland 1775 dem Generalgouverneur von Livland unterstellt und Kurland 1795 mit Rußland vereinigt worden war, wurde am 9. Mai 1801 aus allen drei Ostseeprovinzen ein Generalgouvernement gebildet (Patent der livländ. Gouvernementsverwaltung vom 18. Juli 1801), Ehtland jedoch 1808 für einen kurzen Zeitraum zu einem besonderen Generalgouvernement erhoben. Der erste Generalgouverneur Ehtlands in dieser Periode, die blos von 1808—1819 währte, war Prinz Peter Georg von Holstein-Oldenburg, den der Kaiser jedoch schon im April 1809 zum Generalgouverneur von Komgorod, Iwer und Jaroslaw ernannte. Am 21. Oktober 1811 trat der Erbprinz und spätere Großherzog von Oldenburg Paul Friedrich August von Holstein-Oldenburg als Generalgouverneur an die Spitze der Verwaltung Ehtlands. — Am 24. März 1819 (Patent der livländ. Gouvernementsverwaltung vom 2. April 1819) wurde Ehtland wieder mit Liv- und Kurland zu einem Generalgouvernement vereinigt und blieb als solches mit den beiden Schwester-

provinzen bis 1876 verbunden (vergl. Dr. Karl Julius Paucker): „Die Zivil- und Militär-Oberbefehlshaber in Ehstland zur Zeit der kaiserlichen russischen Regierung von 1704—1855“, Dorpat 1855, S. 21 ff.

²⁹⁾ Gernet: a. a. D. S. 22.

³⁰⁾ Fast wörtlich abgedruckt von Bienemann: „Pro domo“, S. 604 ff.; wir folgen jedoch hier einer bisher noch nicht ausgenutzten Quelle, die für die Geschichte der Bauernbefreiung in Ehstland und Kurland von hervorragender Bedeutung ist. Unter dem Titel: „Materialien zur Geschichte der Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft“ sind in der von R. Dubrowin herausgegebenen „Sammlung historischer Materialien aus dem Archiv der eigenen Kanzlei Sr. Majestät des Kaisers“, 4. Band, St. Petersburg 1891 („Сборникъ историческихъ матеріаловъ, извлеченныхъ изъ архива Собственной Его Императорскаго Величества Канцеляріи, выпускъ четвертый, изданъ по редакцію Н. Дубровина, С.-Петербургъ 1891“), S. 312 ff., Aktenstücke (Korrespondenzen, Gutachten etc.) veröffentlicht, die für die unmittelbare Vorgeschichte der ehstländischen Bauerverordnung vom Jahre 1816, gleichwie für die der kurländischen Bauerverordnung vom Jahre 1817 überaus wichtig sind.

³¹⁾ Dubrowin: a. a. D. S. 312.

³²⁾ Послужить добрымъ примѣромъ своимъ соотечественникамъ.

³³⁾ Dubrowin: a. a. D. S. 314; vergl. auch Bienemann a. a. D. S. 604 ff. und Gernet: a. a. D. S. 26.

³⁴⁾ Siehe Näheres bei Gernet, a. a. D. S. 27 ff.

³⁵⁾ Die vollständige Sammlung der Reichsgesetze, Jahrgang 1816, Nr. 26278 brachte den Text der Bauerverordnung in russischer und deutscher Sprache.

³⁶⁾ Garlieb Merkel: „Die freien Letten und Ehsten“, Leipzig 1820, S. 243.

³⁷⁾ Bernhardi: „Geschichte Rußlands“ etc., 3. Theil, S. 99 u. 106.

³⁸⁾ Engelmann: „Leibeigenschaft“ etc., S. 192.

³⁹⁾ Semewski, S. XXI, 435, 437 u. 445.

⁴⁰⁾ Ueber diesen bedeutenden Staatsmann (geb. am 1. Januar 1772, gest. am 11. Februar 1839) aus der Zeit der Kaiser Alexander I. und Nikolai I. siehe (Viktor Gehr): „Das Leben des Grafen Speranskij von Baron M. v. Korff“, „Baltische Monatschrift“, 4. Band 1861, S. 373 ff.

⁴¹⁾ Semewski: a. a. D. S. XXI und 347.

⁴²⁾ Beim Zerfall des altlivländischen Staatenbundes im Jahre 1561 war das Bisthum Kurland oder Pilten in den Besitz des Herzogs Magnus von Holstein gekommen, gelangte 1583 unter die Oberherrschaft Polens und bildete neben Kurland ein selbständiges Gemeinwesen (vergl. Emmerich v. Mirbach: „Des Königl. Piltenischen Kreyses Gesetze und Statuta“, Mitau 1767), bis es 1795 staatsrechtlich mit Rußland verbunden und 1819 verwaltungsrechtlich mit Kurland vereinigt wurde. Kaiserlicher Befehl vom 25. August 1817; Patent vom 10. April 1819 „Vereinigungs- und Verbindungs-Akte der Kurländischen und Piltenischen Ritter- und Landschaft vom 27. März 1819 (gedruckt).

⁴³⁾ Christoph George von Ziegenhorn: „Staatsrecht der Herzogthümer Curland und Semgallen“, Königsberg 1772; Karl Wilhelm Crusie: „Curland unter den Herzögen“, 1. Band, Mitau 1835. Siehe auch: „Geschichtliche Uebersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts“, allgemeiner Theil, Petersburg 1845, S. 71 ff.; besonderer Theil (Behördenverfassung und Ständerecht), Petersburg 1845, S. 66 ff. und 192 ff.

⁴⁴⁾ Ziegenhorn: a. a. D. „Beylagen“, S. 69 u. 85.

⁴⁵⁾ Dr. Carl von Rummel: „Die Quellen des Curländischen Landesrechts“, 1. Band, 3. Lieferung: „Acta Commissionis de anno 1617“, Dorpat

1848, S. XXIV. ff. Dr. Friedrich Georg von Bunge: „Einleitung in die liv-, est- und kurländische Rechtsgeschichte und Geschichte der Rechtsquellen“, S. 250 ff. Dr. Theodor Schiemann: „Die Regimentsformel und die kurländischen Statuten von 1617“, Mitau 1876. Heinrich Ludwig Wirtel hat die „Statuta Curlandica“ (Mitau 1804) und die „Formula Regiminis“ (Mitau 1807) lateinisch und deutsch herausgegeben.

⁴⁶⁾ Der Landhofmeister, der Kanzler, der Oberburggraf und der Landmarschall.

⁴⁷⁾ Formula Regiminis §§ 1—4.

⁴⁸⁾ Formula Regiminis § 4.

⁴⁹⁾ Formula Regiminis § 28.

⁵⁰⁾ Formula Regiminis § 16.

⁵¹⁾ Ziegenhorn: § 665.

⁵²⁾ Formula Regiminis §§ 6 u. 16.

⁵³⁾ Formula Regiminis § 7.

⁵⁴⁾ Ziegenhorn § 546.

⁵⁵⁾ Ziegenhorn §§ 550 u. 551.

⁵⁶⁾ Ziegenhorn § 660.

⁵⁷⁾ Im Piltenischen Kreise war die Verfassung Ebstland nachgebildet. Die oberste Verwaltungs- und Gerichtsinstantz bildete das Landrathskollegium, dessen Glieder vom Adel gewählt und unmittelbar vom König bestätigt wurden. Die Landpolizei übte das Manngericht aus. Vergl. Wirsbach, a. a. O. S. 4 ff.

⁵⁸⁾ § 105 der „Statuta Curlandica“ vergl. Prof. Dr. Schmidt: „Rechtsgeschichte Liv-, Est- und Curlands“, herausg. von Dr. E. v. Rottbeck, „Dorp. Jurist. Studien“, 3. Band, 1894, S. 297 und Th. Böttiger: „Der Domainenverkauf in den Ostseeprovinzen und das Güterbesitzrecht“, „Baltische Monatschrift“, 3. Band 1861, S. 362.

⁵⁹⁾ Stimmberechtigt waren auch Edelleute, denen kein Rittergut eigenthümlich gehörte, sofern sie ein Rittergut pfandweise besaßen oder aber über ein bestimmtes, rententragendes Kapital verfügten und sich verpflichteten zu den Landtagsbewilligungen entsprechend dem von ihnen angegebenen Kapital beizusteuern. Diese hießen „Rentenierer“. Ziegenhorn §§ 477.

⁶⁰⁾ In herzoglicher Zeit gab es nur einen Landtagstermin; die Deputirten stimmten nach den ihnen vom Kirchspiel gegebenen Instruktionen. Die Vorlagen und Deliberatorien waren vorher in die Kirchspiele gesandt worden.

⁶¹⁾ Ziegenhorn § 515.

⁶²⁾ Ziegenhorn § 515. In Pilten war der Landtag nicht eine Versammlung von Deputirten, sondern vereinigte alle Gutsbesitzer des Kreises.

⁶³⁾ Ernst von der Brüggen: „Beiträge zur Geschichte der Unterwerfung Kurlands“, „Baltische Monatschrift“, 43. Band 1896, S. 426.

⁶⁴⁾ Vergl. Ernst von Neuenberg-Linten: „Zustände Kurlands im vorigen und diesem Jahrhundert“, Mitau 1858. Die kurländische Agrargeschichte entbehrt jeglicher zusammenfassender Darstellung. Auch nicht einmal einzelne Perioden sind kritisch behandelt worden. In den wenigen verfügbaren Monographien und einzelnen in Zeitschriften zerstreuten Aufsätzen werden die gutherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse nur gestreift. Unter diesen zeichnen sich die Arbeiten des ehemaligen kurländischen Ritterschafissekretär Ernst von Neuenberg-Linten durch ihre klare und objektive Darstellungsweise aus. Er war (geb. am 18. April 1788, gest. am 24. Mai 1858) 36 Jahre lang Sekretär der kurländischen Ritterschaf (von 1815—1851) und als solcher in der Lage eine genaue Kenntniß von der Entwicklung der Agrargesetzgebung seiner Heimath zu gewinnen. Vergl. über seinen Lebenslauf und seine schriftstellerische Thätigkeit: Neffe-Rapierstky: „Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon“, 3. Band, S. 87 und Rapierstky-Beise: „Nachträge“, 2. Band, S. 19.

⁶⁵⁾ § 63.

⁶⁶⁾ Statuta Curlandica § 62.

⁶⁷⁾ Carl von Rummel: „Instructorium des Curländischen Processus“ (Band 1., Lieferung 1, der „Quellen des curländischen Landrechts“) Dorpat 1844. Vergl. dort S. 246 ff.: Caput XI. „De Processu ratione extraditionis rusticorum“. Vergl. auch: Statuta Curlandica § 52 ff.

⁶⁸⁾ Rummel: „Die Quellen des curländischen Landrechts“, Band 1, Lieferung 3, „Acta Commissionis de anno 1617“, pag. XLIV.

⁶⁹⁾ Statuta Curlandica §§ 56 und 59.

⁷⁰⁾ Nechenberg-Linten: a. a. D. S. 6.

⁷¹⁾ Nechenberg-Linten: a. a. D. S. 7 ff.

⁷²⁾ Daß das bewegliche Vermögen der Leibeigenen dem Gutsherrn gehörte, geht aus den §§ 52, 59 und 60 der „Statuta Curlandica“ hervor, in denen Folgendes festgesetzt wurde. Wenn Leibeigene entlaufen, so sollen sie „mit allem dem Ihrigen, was sie mit sich genommen, nebst Allem, was zu ihrer Habe hinzugekommen“ dem Herrn zurückgeliefert werden. Heirathet eine leibeigene Wittve den Leibeigenen eines anderen Herrn, so verbleibt ihre ganze Habe dem Erbherrn, der sie jedoch nach seinem Belieben auszusteuern hat. Nimmt dagegen die heirathende Wittve ihre fahrende Habe gegen den Willen des Erbherrn mit, so unterliegt nicht nur sie selbst, sondern auch jeder, der ihr bei der Fortschaffung der Mobilien behilflich gewesen ist, der auf Diebstahl festgesetzten Strafe. Die in Piltten geltenden ähnlichen Gesetze siehe bei Wirbach a. a. D. S. 26.

⁷³⁾ Ueber den kurländischen Haken vergl.: Jacob Johnson: „Abhandlung aus und zu der Veranschlagung der Bauerländereien in Liv- und Kurland“, Mitau 1835, S. 41 ff.; ferner: Dr. M. Paucker: „Practisches Rechenbuch“, 3. Heft, Mitau 1837, S. 91 ff.; siehe auch: Hans Hollmann: „Kurlands Agrarverhältnisse“, „Baltische Monatschrift“ 40. Band 1893, S. 343 ff.

⁷⁴⁾ P. von Keyserling und E. von Derschau: „Beschreibung der Provinz Kurland“, Mitau 1805, S. 269.

⁷⁵⁾ Hollmann: a. a. D. S. 341 stellt die Verhältnisse wesentlich anders dar, wobei er hauptsächlich das Werk von Christoph George v. Ziegenhorn: „Staatsrecht der Herzogthümer Curland und Semgallen“, seinen Ausführungen zu Grunde legt. Ziegenhorn war jedoch nicht, wie Hollmann a. a. D. S. 346 annimmt, „ein wirklich unbefangener, kritischer Jurist“, sondern parteiisch gegen den Adel und für den Herzog eingenommen. Seine Darstellung des kurländischen Staatsrechts darf daher nur mit großer Vorsicht benutzt werden (vergl. Rummel: „Die Quellen des curländischen Landrechts“, Band 2, Lieferung 1, „Curländische Landtags- und Conferential-Schlüsse von 1618–1759, S. 11).

⁷⁶⁾ Auf dem in Hasenpoth 1803 versammelten Landtag der Pilttenschen Ritterschaft lud der als Dichter bekannte Freiherr Ulrich von Schlittenbach (geb. am 7./18. Mai 1774, gest. am 20. März 1826, Stifter der kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst, Landrath der Pilttenschen Ritterschaft) den Adel zu sich ein, um einen der Landtagsversammlung vorzulegenden, die Aufhebung der Leibeigenschaft bezweckenden Antrag zunächst privatim zu berathen. Der Antrag fand jedoch gar keine Zustimmung. Vergl. Ulrich v. Schlittenbach: „Ueber die Einschränkung der Leibeigenschaft in Kurland“, abgedruckt in Merfels Werk: „Die freien Letten und Ehthen“, S. 260 ff. und bei H. Z. L. Samson von Himmelftiern: „Historischer Versuch über die Aufhebung der Leibeigenschaft in den Ostseeprovinzen“, Beilage zum „Inland“, Jahrgang 1838, Sp. 121 Anmerkung. Im selben Jahr beantragte der Kanzler des kurländischen Oberhofgerichts Landhofmeister Freiherr von Lüdinghausen-Wolff auf dem Landtag zu Mitau die Einschränkung der gutsherrlichen Rechte, doch ohne jeden Erfolg. Vergl. Nechenberg-Linten: a. a. D. S. 21.

77) G. F. von Jircks: „Die Letten in Kurland“, Leipzig 1804.

78) Die Statthalterschaftsverfassung wurde in Kurland durch den Ukas vom 27. November 1795 eingeführt, aber bereits durch den kaiserlichen Befehl vom 24. Dezember 1796 aufgehoben. Friedr. Georg von Bunge: „Chronologisches Repertorium der russischen Gesetze und Verordnungen für Liv-, Ehst- und Kurland“, 2. Band, Dorpat 1824, S. 456 und 3. Band, Dorpat 1826, S. 5.

79) Wir folgen hier Rechenberg-Linten: a. a. O. S. 13 ff., der die wirtschaftlichen Zustände Kurlands um die Wende des 18. Jahrhunderts eingehend schildert. Vergl. auch die anziehende Darstellung der damaligen gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse Kurlands, von Peter Baron Drachensfels (geb. am 9. Februar 1795, gest. am 10. Juli 1879): „Ein Jugendleben aus Alt-Kurlands Tagen“, „Baltische Monatschrift“, 36. Band 1888, S. 32 ff.

80) Ziegenhorn § 637.

81) Ziegenhorn § 355.

82) Ziegenhorn § 642.

83) A. von Heyting: „Ein Paar Worte über die staatliche Finanzwirtschaft des Herzogthums Kurland und Semgallen“, in den „Sitzungsberichten der kurländ. Gesellschaft für Litteratur und Kunst aus dem Jahre 1895“, Mitau 1896, S. 9 ff.

84) Heyting a. a. O. S. 9.

85) Vergl. oben S. Anmerkung.

86) Heyting a. a. O. S. 10.

87) Näheres bei Heyting a. a. O. S. 13 ff.

88) Rechenberg-Linten a. a. O. S. 13.

89) Kompositionsakte vom 18. Februar 1793, Punkt 12. Vergl. Brüggen a. a. O. S. 424.

90) „Wiederum ein Wort zu seiner Zeit oder Versuch einer Beantwortung der unserem Vaterlande so wichtigen Frage: Wie wol der Landplage des jährlichen Bauernvorschußes am sichersten abzuhelpen wäre“, 1787, ohne Angabe des Druckorts. Die kleine Schrift behandelt vornehmlich kurländische Verhältnisse.

91) Dr. G. Otto: „Kur-, Liv- und Ehstländer auf der Universität Königsberg in Preußen von 1711–1800“, in den „Mittheilungen aus dem Gebiet der Geschichte Liv-, Ehst- und Kurlands“, 16. Band 1896, S. 344.

92) G. A. v. Mülverstedt: „Der kur- und livländische Adel im Preussischen Heere beim bevorstehenden siebenjährigen Kriege“, in dem „Jahrbuch für Genealogie, Heraldik und Sphragistik“, herausgegeben von der „kurländischen Gesellschaft für Litteratur und Kunst“, Jahrgang 1895, Mitau 1896, S. 127 ff. Vergl. auch Brüggen a. a. O. S. 425.

93) Georg Friedrich Knapp: „Die Bauern-Befreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens“, 1. Theil, Leipzig 1887, S. 81 ff.

94) Vergl. Prof. B. Bilbassow: „Die Vereinigung Kurlands mit Rußland“, nebst einem Nachwort von H. Diederichs, „Baltische Monatschrift“, 42. Band 1895, S. 205 ff. Ernst von der Brüggen: „Beiträge zur Geschichte der Unterwerfung Kurlands“ a. a. O. Das Manifest über die Einverleibung Kurlands vom 15. April 1795 siehe in Bunges Repertorium II., S. 453.

95) Rechenberg-Linten a. a. O. S. 14 ff.

96) Vergl. oben S.

97) Kaiserlicher Ukas vom 15. April 1795, Sammlung der Reichsgesetze vom Jahre 1795, Nr. 17319, abgedruckt in Bunge Repertorium II., S. 453 ff.

⁹⁸⁾ Kaiserliche Ukase vom 1. Mai 1795 und 14. Dezember 1795, Bunge: Repertorium II., S. 455 und 457.

⁹⁹⁾ Vergl. mein Werk über die livländ. Agrargesetzgebung S. 83.

¹⁰⁰⁾ Kaiserlicher Ukas vom 24. Dezember 1796, Bunge: Repertorium III., S. 5.

¹⁰¹⁾ Vergl. mein Werk über die livländ. Agrargesetzgebung S. 77.

¹⁰²⁾ Vergl. mein Werk über die livländische Agrargesetzgebung S. 89; Kaiserlicher Ukas vom 18. Dezember 1797, Bunge: Repertorium III., S. 97.

¹⁰³⁾ Im Jahre 1797 waren in Kurland 4 Infanterie- und 1 Kavallerie-Regiment cinquartirt. Kaiserl. Ukas vom 18. Februar 1797, Bunge: Repertorium III., S. 43.

¹⁰⁴⁾ Kaiserliche Entscheidungen vom 22. August 1798 und vom 28. Oktober 1808; Memorial des Freiherrn Ulrich von Schlippenbach vom 15. November 1816, Akte des kurländ. Ritterschaftsarchivs Nr. 76b, Fol. 71 ff.

¹⁰⁵⁾ „Relation der kurländischen Ritterschafts-Comitée, abgelegt auf dem ordinären Landtag anno 1816“, Akte des kurländ. Ritterschaftsarchivs Nr. 76a.

¹⁰⁶⁾ Sie betrug nicht weniger als 60/0 vom Kaufwerth der Ritterschaften.

¹⁰⁷⁾ Kurland mußte 12,000 Mann stellen und bewaffnen. Kaiserliches Manifest vom 30. November 1806, Patent vom 20. Dezember 1806.

¹⁰⁸⁾ Libau exportirte an Getreide überhaupt:

1790—1794 = 186,795 Tschetwert (1 Tschetwert = 2,1 Hektoliter).

1796—1800 = 148,517 „

1801—1805 = 170,206 „

1806—1810 = 28,897 „

1811—1815 = 115,949 „

Carl Kröe: „Libaus Handel im Jahre 1755 bis auf die Jetztzeit“ im „Libauschen Kalender für das Jahr 1883“, Libau 1882, S. 64.

¹⁰⁹⁾ Karl von der Hoven: „Nähere Auseinandersetzung und Beurtheilung derjenigen Gesetzabänderungen und Maßregeln, welche Eine Hochwohlgeb. Ritter- und Landschaft des kurländischen Gouvernements auf der im Oktober 1808 mit Zugiehung der Unbesesslichen und Kapitalisten stattgefundenen allgemeinen Landesversammlung vorzuschlagen sich veranlaßt gefunden“, Mitau 1811. Adolph Grüzmacher: „Grundideen über Indult und Zahlungsanstand für die Provinz Kurland“, Mitau 1810. Oberhofgerichtsadvokat Moench: „Ideen, veranlaßt durch die von Einer Hochwohlgeborenen Ritterschaft Kurlands Allerhöchsten Ortes unterlegten, das Kreditwesen von Kurland betreffenden Punkte“, Mitau 1811. C. W. Kruse: „Ist denn wirklich nicht zu helfen? Ein Wort an das kurländische Publikum“, Mitau 1811.

¹¹⁰⁾ Manifest vom 26. April 1811. Relation des Landesbevollmächtigten Geheimrath von Korff auf Freeseln vom 17. August 1811 (gedruckt).

¹¹¹⁾ Landtagschluß vom 9. März 1814, § 45 (gedruckt).

¹¹²⁾ „Relation der kurländ. Ritterschaftscomitée, abgelegt auf dem ordinären Landtag anno 1816“, Punkt 9, Akte Nr. 76a und „Auszug aus der auf dem ordinären Landtag 1819 abgelegten Relation der kurl. Ritterschaftscomitée“, S. 65 (gedruckt).

¹¹³⁾ Kurland waren im Kriegsjahr 1812 Kontributionen und Requisitionen im Werthbetrage von 15 Millionen Rubeln auferlegt, diese Summe schließt jedoch ebenso wenig die Verluste an niedergebrannten Gebäuden und vernichteten Ernten in sich, wie den Werth der durch die Truppenbeförderungen in Anspruch genommenen Spann- und Handtage der Bauern. [G. B. von Engelhardt]: „Etwas über Kurlands Betragen während der feindlichen Okkupation“, Mitau 1813, S. 9.

¹¹⁴⁾ „Exposé, betreffend die Erhöhung der Abgaben in Kurland“, Beilage zur Relation des Landesbevollmächtigten Geheimrath von Korff vom 17. August 1811 (gedruckt).

¹¹⁵⁾ Memorial des Freiherrn Ulrich von Schlippenbach Alte des Kurländ. Ritterschafts-Archivs Nr. 76b, Fol. 71 und Memorial des Freiherrn Friedrich von Firds-Nogallen, ebenda Fol. 103 ff.

¹¹⁶⁾ Nechenberg-Linten a. a. D. S. 14 ff.

¹¹⁷⁾ Vergl. oben S. 134.

¹¹⁸⁾ Der Kaiserliche Befehl ist wörtlich abgedruckt in Merkels Werk: „Die freien Letten und Ehsten“, S. 267 ff. und in Samson, „Versuch“ Sp. 121.

¹¹⁹⁾ Die Kommission bestand unter dem Präsidium des Generalgouverneurs aus folgenden sechs Gliedern, die der Kaiser dem Vorschlag des Generalgouverneurs entsprechend ernannt hatte: dem Geheimrath Dietrich Ernst von Schöppingf auf Bornsmünde, dem Kammerherrn Grafen Johann von Medem auf Elley, dem Piltenschen Landrath Ulrich von Schlippenbach auf Seaten, dem Kammerjunfer von Manteuffel auf Jilden, dem Kreismarschall von Földersjahn auf Steinensee und dem Kreismarschall Friedrich von Firds auf Nogallen.

¹²⁰⁾ Vergl. oben S. 134.

¹²¹⁾ Siehe weiter unten.

¹²²⁾ Vergl. oben S. 138.

¹²³⁾ „Relation der Ritterschafts-Comittée vom Jahre 1816“ a. a. D. Punkt 65.

¹²⁴⁾ „Relation der Ritterschafts-Comittée vom Jahre 1816“ a. a. D.; vergl. auch Nechenberg-Linten a. a. D. S. 22.

¹²⁵⁾ „Relation der Ritterschafts-Comittée vom Jahre 1816“ a. a. D.



Aus dem Briefwechsel zwischen Victor Sehn und Georg Bertholz.

(Schluß).

XXI.

Den 26. November 1863.

Lieber Bertholz!

Der November-Tribut liegt fertig und wird in den nächsten Tagen abgehen. Du hast auch diesmal volle Gewalt ihn zuzufügen. — Dein Aufsatz über Schleiden ist mir erst gestern zu Gesicht gekommen, als die betreffenden Stellen in meinem Bericht schon

geschrieben waren. Nach der ersten flüchtigen Lectüre habe ich noch kein Urtheil über die philosophischen Gesichtspunkte, von denen manche mir ganz neu waren. Schleiden wird immerhin merken, daß er im Lande nicht lauter Kinder vor sich hat, daß es vielmehr Leute giebt, vor denen er selbst nichts als ein jämmerlicher philosophischer Dilettant ist. Ich würde an Deiner Stelle etwas mehr die Identität von Sein und Wissen, Materie und Form, Natur und Geist u. s. w. oder den Pantheismus betont haben, denn das ist es, worauf es solchen deistischen Populärphilosophen gegenüber ankommt. Bei der kleinen Parantese: (mythologisch gesprochen) wird der Pferdefuß sichtbar. Nächstens, nach abermaliger Lectüre, mehr über Deine Philosophie als Generalhypothese, über das trichotomische Verhältniß derselben zur Empirie u. s. w. Ich habe erst neulich den Aufsatz „Wir und die Andern“*) gelesen, der während meiner Reise im Auslande geschrieben war. Ich hatte Dich so verstanden, als wenn Du der Verfasser seist, und las mit steigendem Erstaunen und Mißvergnügen, bis ich an die Nachschrift kam und mir ein Licht aufging. Diese Nachschrift gehört zu dem Besten, was Du je geschrieben hast. Die Stellen z. B. über Race und Nationalität waren mir wie aus der Seele genommen, nur daß ich die Wahrheit nicht so scharf, treffend und zugleich tief hätte ausdrücken können, da ich sie nur in unbestimmter Gefühlsform besaß. Da wir von Journalartikeln sprechen: gehört nicht ein Aufsatz im Octoberheft einer Berliner Monatschrift einer Feder an, die der baltischen Monatschrift nicht fern steht, oder täuscht mich diesmal meine Witterung? Den Verfasser der St. Petersburger Correspondenz scheint Freund Eckert von der rigischen Zeitung errathen zu haben, was ich aus der Art schließe, wie er das Septemberheft anzeigt. Hier ist diese Correspondenz noch von Niemandem bemerkt worden; das hat sein Gutes. Für das versprochene hohe Honorar danke ich, es wird mit dem Copisten und Stoffsammler zur Hälfte getheilt. In letzterer Eigenschaft ist übrigens die Hülfe, die er mir leistet, nicht groß: seitdem das Kavelinsche Haus nicht mehr besteht, hat auch der Markt aufgehört, von dem er seine Neuigkeiten bezog. Die Schwierigkeiten einer solchen Correspondenz bitte ich Dich übrigens

*) Im Maiheft der „Balt. Monatschrift“ 1863, S. 457 ff.

nicht zu unterschätzen. Sie affectirt leicht hingeworfen zu sein und kommt doch nur unter Mühen und Wehen zu Stande. Schon die Lektüre oder wenigstens Durchsicht aller täglichen Blätter ist eine Arbeit, die den behaglichen Genuß des Lebens stört, und um so saurer, je weniger inneres Interesse man zur Sache mitbringt. Dann die Wahl des Ausdruckes, das Damoklesschwert, das über dem Schreibenden hängt. Nichts als Ironie und biblisch figürliche Wendungen: Ueberdruß an der langen Mascherade ist bei Leser und Verfasser die Folge. Du thust sehr Unrecht, Deine liefländische Correspondenz — die ein rechter Wind in die Segel der baltischen Monatschrift wäre — wegen angeblicher Ueberfülle des Materials bei Seite zu setzen. Wenn das Heft nun ein Paar Blätter dicker wird, so ist das kein Unglück; ebenso wenig, wenn die Sache der astronomischen Wanderversammlungen oder der Impfung*) u. s. w. einen Monat später besprochen wird. Wädler ist zwar ein berühmter Mann und Du glaubst Deine Zeitschrift durch seinen Namen zu zieren, aber er hat sich längst durch unverantwortliche Vielschreiberei compromittirt: es giebt fast kein populäres Journal mehr, in dem man nicht auf ihn stieße — Alles um des Geldes willen. Ich mache Dich auf den Aufsatz von Baer über Urgeschichte des Menschengeschlechts im neuesten St. Petersburger Kalender aufmerksam. — Schade daß wir das Ding nicht für die baltische Monatschrift erhascht haben! — Vielleicht sage ich etwas darüber in meinem nächsten Dezemberbericht. Böttlingk sagt mir, er habe Dir wegen Vielenstein geschrieben, aber ich hoffe, Du gehst nicht darauf ein. Du hast zufolge Deiner Bildung und Darstellungsgabe und als Streiter für die gute Sache religiöser und bürgerlicher Emanzipation Besseres zu thun, als abstrakt gelehrte Körnchen beizutragen, die jeder Andere ebenso wohl finden kann, und Bücher über particulare Gegenstände in einer Sammlung zu kritisiren, die kein Mensch liest. Mit Deinen litthauischen Studien war es etwas Anderes, da galt es in einem fast jungfräulichen Gebiete schöpferisch zu wirken und wahrhaft Entdeckungen zu machen. Für Deine gothische Notiz

*) Wädler, „Ueber eine neue wissenschaftliche Wandergesellschaft“ im Oktoberheft der „Balt. Monatschrift“ 1863, S. 287 ff. — „Entwurf zu einer Instruktion für das Impfungsgesäß“ ebenda S. 346 ff.

danke ich Dir, ich werde die Sache im günstigen Moment weiter verfolgen und Dir darüber Bericht erstatten.

Meinetwegen genire Dich garnicht die Widerlegung des Judenaufsatzes aufzunehmen, ich bin völlig gleichgültig dagegen. Die Sache liegt mir schon so fern, als handelte es sich garnicht mehr um mich.

Schreibe mir doch bei Zeiten, wenn Du etwa einmal aus irgend einem Grunde keine Monatscorrespondenz brauchst oder wünschst, dann hätte ich einen Ferienmonat. Liegt Dir übrigens an diesen Beiträgen etwas, so rathe ich Dir, mich zu schmieden, so lange ich warm bin; wer weiß, wie lange ich es aushalte. Ueber meinen italienischen Aufsatz schreibst Du nichts, klagst dagegen über Ueberhäufung mit Material, soll ich das so verstehen, daß Du Dich nicht darauf einlassen willst? Ich würde dann einen Versuch mit Oppenheim machen. — Da doch auch die preußischen Jahrbücher neulich „Cultur- und Geschichtsbilder aus Sicilien“ *) gebracht haben. Schläge auch das fehl, so würde ich das Ding als eigene Broschüre drucken lassen. Gedruckt muß es werden, damit ich für mein größeres Werk darauf hinweisen und einen Verleger willig machen kann. Lasse mir ein Wort darüber zukommen. Der Aufsatz ist übrigens so lang, daß er getheilt werden muß und einen Platz in zwei Heften beansprucht.

Lebe wohl und lies das Vorstehende wie ein Gespräch, das ohne Zusammenhang der bloßen Ideenassociation folgt. Ich schreibe Dir lieberlich, wie im Schlafrock — darum auch zu lang, da ich nicht Zeit habe zusammenzufassen. In Erwartung baldiger Antwort

der Deinige B. Gehn.

XXII.

Riga, den 28. November 1863.

Lieber Gehn!

Du bist sehr faul geworden, vielleicht weil Du nun auch Dich dazu erhoben hast, nur für den Druck schreiben zu wollen. Es wäre allerdings sehr schön, wenn Du für das Decemberheft wieder eine „Correspondenz“ vorhättest. Die vom October hat

*) Von D. Hartwig in Bd. 12, 1863.

ungemein eingeschlagen, belehrt und fast Aufsehen gemacht. Eine December-Correspondenz aber wäre besonders erwünscht, um bei den Abonnenten den Glauben zu erwecken, die gewesenen zwei Artikel dieser Art seien nichts Zufälliges, sondern mehr oder weniger Fortzusetzendes. Wenn aber nicht December, so unbedingt Jannar; eine längere Frist kann ich Dir nicht geben, und gut wäre es, wenn Du mir über diese Alternative schon im Voraus Entscheidung gäbest. Ich muß auch bitten, daß ich bis circa den 20-ten des betreffenden Monats in Besitz des Manuscripts gesetzt werde; die nächsten Hefte dürften etwas zeitiger ins Werk gesetzt werden. Was treibst Du denn eigentlich? Ich hoffe unter Anderem Dein Werk über Italien. Und hat sich ein Zuwachs von Gesundheit nachträglich herausgestellt? Wie mir Böhrling schrieb, ist Löwe*) fortgezogen. Der Kreis Deiner Freunde wird in Petersburg immer kleiner. Wir beide wenigstens hätten uns für den Rest unserer Tage nicht trennen sollen. Welche Dummheit, welcher Unsinn das war! Aber reden wir davon nicht mehr! Fräulein Rahden brachte hier, bei ihrer Schwester, 8 Tage zu, als sie mit der Großfürstin von Reisen zurückkehrte. Ich sah sie natürlich täglich und versank wieder in den Staub vor dieser sittlichen Vollkommenheit. Von ihrer romantischen Doctrin war gar keine Rede; vielleicht ist es auch der Fall, daß dieser von Harthausen u. erborgte Glitter immer mehr verblaßt. Ihr Wesen liegt überhaupt nicht in der Doctrin. Du magst sie nicht, weil Du Dir vom Frauenzimmer, wie es sein soll, eine andere Façon zurechtgelegt hast; ich bestreite garnicht die Richtigkeit Deiner Aufstellung; aber alles Lebendige nach seiner fertigen, wenn auch noch so richtigen Formel richten zu wollen, kann zu einer verdamnten Schulmeisterei werden. Du solltest doch wieder einmal zur Rahden gehen, ich glaube, sie würde es sehr gern haben.

Hast Du auf Deiner Reise auch Bisher wiedergesehen? und mit welchen Eindrücken? In Bezug auf Oppenheim war es also doch schade, daß ich ihm nicht vorher geschrieben, wer Du seist. Ich glaubte ihn schon gut genug instruiert.

*) Fedor Löwe, Lehrer an der Petrischule in Petersburg und Bibliothekar an der Petersburger Akademie der Wissenschaften, Uebersetzer der von Dr. Krugwald gesammelten christlichen Märchen.

Grüße Staffow, Vetterlein, Böhlingk, Schiefner.*) Sei nicht faul die letztern Beiden zu besuchen.

Der Deinige G. Bertholz.

Den 29-ten.

Gestern Abend schrieb ich den beiliegenden Brief und heute zum Kaffee kommt der Deinige. Wie dumm ich gewesen! Ich hatte garnicht gehofft, daß Du jeden Monat zu einer „Correspondenz“ Dich bequemen könntest, und das Novemberheft ist seit ein Paar Tagen schon fertig gedruckt. Ich laufe sogleich hin, um womöglich wieder umzudrucken. Du bist um so mehr gerechtfertigt, keine Eile vorausgesetzt zu haben, als das Octoberheft so schimpflich spät erschien — durch Schuld dieser Kronsbuchdruckerei, welche gerade mit Jahresverschlügen und Ottshots des Gouverneurs occupirt war. Wir wollen uns von ihr los machen. Eigentlich ist es keine Frage: es koste, was es wolle, diese neue Correspondenz muß hinein. Du machst mir Complimente wegen der Nachschrift zu „Wir und die Andern“ 2c., aber was bin ich für ein erbärmlicher Pfuscher gegen diese Deine Kraft. Verschiedene Punkte Deines Briefes erfordern eine weitläufigere Antwort, welche nächstens.

Dein G. B.

XXIII.

29. November, Abends, 1863.

Lieber Hahn!

— Ueber Baers Urgeschichte des Menschengeschlechts (worauf aufmerksam gemacht zu sein, ich Dir danke) mußt Du allerdings auch reden. Eine Zeitschrift soll auch ihre Helden haben, sie soll geistige Werthe schaffen, und Baers Größe zwar nicht im Allgemeinen, aber unter seinen Landsleuten zu machen, das soll auch eine Aufgabe der Balt. Monatschrift sein. Dazu war schon der Eingang meines Schleiden-Aufsatzes, den Du oder Schiefner dem Alten stecken solltest. Dieses Volk weiß von allen Theologie-

*) Anton Schiefner, geb. 1817 zu Reval, 1852 Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Petersburg, 1863 Bibliothekar der Akademie, Orientalist, besonders auf dem Gebiet der finnisch-turanischen Sprachen hervorragender Forscher, † 1879.

Professoren aller deutschen Universitäten, aber wenn man den Namen Baer nennt, so denken sie allenfalls an den Dresdner Maler und Somnambulismus-Adepten Bähr, einen gebornen Rigauer. Wenn wir erst Baer durchgesehen haben, ersehe ich mir Widdendorf, Böhlingt oder Dich zum Behufe des Genien-Cultus. Ueber den Schleiden-Artikel muß ich mich bei Dir verantworten. Zum Theil ist er auch aus pädagogischem Gesichtspunkt anzusehen. Mit der Identität von Sein und Denken vermied ich absichtlich herauszurücken. Die philosophische Unbildung ist wirklich zu groß im Lande; durch Terminologie und Formeln könnte man abschrecken. Selbst das Wort Pantheismus werde ich mich hüten ohne längere Explication zu brauchen. Ich beschränkte mich für dieses Mal, auf den betreffenden Hauptpunkt nur durch das „Kant multiplicirt mit Spinoza“ hinzudeuten. Bei nächster Gelegenheit vielleicht mehr davon. Mit der Definition der Philosophie als Generalhypothese ist es mein ganzer Ernst, aber der Accent liegt nicht auf Hypothese, sondern auf General. So wenigstens gegenüber den in die Specialität sich verlierenden Empirikern; und auf Hypothese allenfalls gegenüber einer Jacob-Böhmeschen, Neuplatonischen, Schellingschen Ekstase, intellectuellen Anschauung zc. Hegel war schon viel verständiger, reflectirter, nüchterner als die trunkene Naturphilosophie (man denke nur an die Vorrede der Phänomenologie); aber ein Stück von Verhimmelung ist ihm immer noch angehangen. Darin liegt die Berechtigung eines Feuerbach, obgleich dieser wieder über die Schnur gehauen hat, indem er alle Metaphysik verdamnte. Was als Hypothese anfängt, kann allmählig zur höchsten Gewißheit erhoben werden. Als Copernicus sein System aufstellte, war es ihm selbst in bewußter Weise hypothetisch, namentlich insofern ihm die Parallaxe der Fixsterne fehlte. Seitdem hat man diese nachgewiesen. Wir sind die Grundgedanken Hegels, die Identität von Sein und Denken, das *ἐν καὶ τὸν* zc. ebenso sehr Gewißheit als das Copernicanische System; aber vielleicht fehlt noch irgend eine specielle Entdeckung (jener Parallaxe zu vergleichen), um die letzten Zweifel zu besiegen und die Wahrheit auch der größeren Menge zugänglich zu machen. Darwin, die Urgeschichte des Menschengeschlechts wird das Ihrige dazu beitragen. Gegenüber der philosophischen Ekstase will ich auch geltend machen, daß auch die Philosophie auf jener Induction

beruht, von welcher die heutigen Naturforscher so viel Wesens machen, aber auf der umfassendsten. Bei den meisten Philosophien kann ihre Grundhypothese in der Abbreviatur eines Wortes ausgedrückt werden, wie Wasser, Zahl, Idee, Monaden, Ding an sich, Identität von Subject und Object, Wille zc. Diese ganze Gedankenreihe aber mit noch allerlei dazu Gehörigem hatte ich schon längst in mir, habe sie Dir nur nicht vorgetragen, weil ich sie zuvor in einer gewissen Vollständigkeit zu Papier bringen und etwa an einem Baerschen Abend zum Versuch vorlesen, später aber mit Deiner Hülfe und Kritik zu einem Büchlein ausarbeiten wollte. Meine zum Theil schon aufgeschriebenen Ideen über Architectonik der Wissenschaft, auslaufend in eine Architectonik des Seienden (weil Sein und Wissen sich zu decken haben) wären mit hineingekommen. Aber jetzt ist es aus damit; zwei bis drei Jahre haben meine Gehirnsfasern keine Übung mehr mit solchen Aufgaben gehabt; Studien im baltischen Provinzialcodey liegen mir näher, und ich finde höchstens noch Kraft zu „abstract gelehrten Körnchen“, wie Du sagst, namentlich auf dem Gebiete der Lithuanica. Der Schleiden'sche Zwischenfall erregte mich, aus dem verschütteten Schacht noch ein Paar Stücke hervorzuholen. In dieser Vereinzelung hat es keinen Werth, und auch was ich Dir soeben zu commentiren versucht habe, will garnichts sagen. Es ist eben auf diesem Gebiete keine neue Gedankenproduction bei mir, und vieles früher Ausgesonnene und mehr oder weniger schon Zurechtgelegte ist vergessen. W. B. war sehr zufrieden mit dem Schleiden-Artikel; aber sein Urtheil hat eigentlich wenig Werth, da er philosophisch zurückgekommen ist. Er ist jetzt — erstens ein Verehrer von Schopenhauer; nun das bin ich auch; weiter aber ist er reiner Kantianer, und auch Schopenhauer hat nach ihm thöricht und vergeblicher Weise den Versuch gemacht, hinter das Ding an sich zu kommen. Wenn man schon einmal höher gestanden, wie kann man sich freiwillig so wieder verkriechen? Sein Hauptinteresse ist liefländische Provinzialpolitik, darum hält er es für angemessen, die „protestantische Landeskirche“ hoch zu halten und ist Christ geworden, wenn auch mit ziemlich symbolisirender Umdeutung des Christenthums. Zwischen Ding an sich und der erwähnten Provinzialpolitik giebt es aber doch keinen nothwendigen Zusammenhang.

An Deinem italienischen Aufsatze ist mir sehr viel gelegen.

Ohne dem Vorbilde selbst gerecht zu werden, sind die folgenden Jahrhunderte der unwiderstehlichen Initiative gefolgt. Wenn nun aber unsere Zeit sich einbildet, von dieser idealen Bahn abweichen zu dürfen, so irrt sie gewaltig; sie wird den Irrthum büßen müssen, welcher sie dem trassen Realismus, dem rohen Materialismus in die Arme zu werfen droht.

Aus der Betrachtung der Vergangenheit kann die Gegenwart manche wichtige Anwendung für die Zukunft ziehen. Selten bietet sich dazu so reiche Gelegenheit als heute, bei der feierlichen Erinnerung an den Praeceptor Germaniae, Philippus Melancthon.



II

Est. A

A circular library stamp in purple ink. The text inside the circle reads "Bibliotheca universitatis Dorpatensis" and the number "24842" is stamped at the bottom.

Bibliotheca
universitatis
Dorpatensis
24842

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Kurland.

Von

Alex. Tobien.

(Schluß).

Im Dezember 1814 hatte die Kaiserlich ernannte Kommission ihre Aufgabe beendet und der Generalgouverneur unterbreitete das von ihr ausgearbeitete Projekt dem Monarchen. Marquis Paulucci begleitete den Entwurf mit einem von ihm unterzeichneten Bericht, der die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse Kurlands überaus günstig darstellte. Die Ausführungen der Kommission, denen sich der Generalgouverneur durch seine Unterschrift angeschlossen hatte, gipfeln in dem Satz, daß die bestehenden Gesetze an sich zwar nicht genügten, die Lage der Bauern aber trotzdem eine gute wäre, weil die Edelleute stets „bemüht gewesen seien, ungeachtet der alten kurländischen Gesetze den Zustand ihrer Bauern zu bessern.“ Das Gutachten geht zunächst auf die geltenden Gesetze,

namentlich auf die bezüglichlichen Bestimmungen der „Statuta Curlandica“ näher ein und fährt dann wie folgt wörtlich fort:

„Der gesetzlich begründete Zustand der kurländischen Leibeigenen unterscheidet sich vollständig von demjenigen, in dem sich die Bauern thatsächlich befinden und die Kommission hält es für ihre Pflicht in genauester Uebereinstimmung mit der Wahrheit Kaiserlicher Majestät zu berichten, daß die kurländischen Bauern nur in einzelnen, seltenen Ausnahmefällen Noth leiden. Ungeachtet der schweren Verhältnisse, die nach dem beendigten Kriege herrschten¹²⁷⁾ sind sie in ihrem Wohlstand geschützt worden, denn die Gutsherren, obgleich selbst verarmt, entrichteten für sie die staatlichen Steuern, trugen sogar die den Bauern vom Feinde auferlegten Kontributionen, ersetzten ihnen die geraubten Pferde und Kühe, versahen sie in der Zeit der Noth mit dem nöthigen Unterhalt und suchten sie auf jede Weise zu schützen und zu versorgen. Daher befinden sich die Bauern der Privatgüter allgemein in einer besseren Lage, als die Bauern der Domänengüter. Obgleich die Leibeigenen bei willkürlicher und grausamer Behandlung keinen gesetzlichen Schutz zu finden vermochten, war ihnen ein solcher doch durch Menschenliebe, Ehrenhaftigkeit und die öffentliche Meinung gesichert. Der Gutsherr, der seine Bauern grausam behandelte, wurde stets laut und allgemein verachtet, ja sogar gemieden, und die Ritterschaft bestand selbst darauf ihn streng bestraft zu sehen, wie Beispiele lehren. Die Geschichte Kurlands kennt keine Bauernunruhen, dagegen beweisen viele Fälle, daß ganze Bauergemeinden die innigste Anhänglichkeit und Liebe ihrem Gutsherrn gegenüber bekundet haben.

In Erwägung dessen, daß die Edelleute stets beflissen gewesen sind, den Zustand ihrer Bauern zu bessern und zwar weit mehr als solches gesetzlich vorgeschrieben war, und im Hinblick auf den kaiserlichen Befehl, daß die Rechte der Gutsherren und Bauern zu erhalten seien, glaubt die Kommission Bestimmungen in Vorschlag bringen zu sollen, die zwar zur Verhütung aller Mißbräuche die beiderseitigen Rechte und Pflichten der Gutsherren und Bauern mit der Strenge des Gesetzes ordnen, die zarten Bande jedoch, die den Bauern mit dem Gutsherrn, wie Kinder mit ihren Eltern verbinden, erhalten, damit nicht ein Bruch der wechselseitigen Beziehungen Entfremdung oder gar Feindschaft hervorrufe.

Die jetzt noch leibeigenen Bauern plötzlich zu befreien, erscheint der Kommission gefährlich und beiden Theilen, den Gutsherren sowohl wie den Bauern, nachtheilig, denn das bisherige, der Willkür anheimgestellte, wenngleich von Humanität

beherrschte gutsherrlich-bäuerliche Rechtsverhältniß, unterscheidet sich doch so sehr von einem Verhältniß, dem lediglich die Rechte freier Stände zu Grunde lägen, daß Zeit und Bildung erforderlich sind um mit Verstandniß jenen Zustand völliger Freiheit auszunutzen zu können."

Das ausführliche Memorial geht alsdann auf die Lage der Domänenbauern ein, begründet die Thatsache, daß die Privatbauern sich eines größeren Wohlstandes als jene erfreuen und motivirt die Aufstellung ergänzender Regeln für die Bauern der Domänengüter.

Die positiven Vorschläge, die von der Kommission formulirt und vom Generalgouverneur befürwortet werden, lassen sich in folgende Hauptpunkte zusammenfassen.

Der Bauer bleibt *glebæ adscriptus* und wird nicht völliger Freiheit theilhaftig, weil er eine zu geringe Bildung besitzt und der Mangel dieser Vorbedingung befürchten läßt, daß die befreiten Leibeigenen ebenso wenig gedeihen werden, wie die Bewohner der aus alter Zeit in Kurland existirenden Freidörfer,¹²⁸⁾ „die gegenwärtig ärmer als die leibeigenen Bauern sind, weil sie meist ein faules, unordentliches Leben führen."

Wiewohl die Kommission den Bauern nach wie vor an die Scholle gefesselt wissen wollte, gestand sie ihm als Aequivalent für die Gebundenheit doch nicht das erbliche Nutzungsrecht an seiner Stelle zu. In der eingehenden Begründung dieses Punktes hob sie hervor, daß der Kaiser die Wahrung der gutsherrlichen Rechte anbefohlen habe, die Zuerkennung eines bäuerlichen Erbrechts aber dem unbeschränkten Eigenthumsrecht der Gutsherren an dem gesammten Grund und Boden widersprechen würde. Die Einräumung eines erblichen Nutzungsrechts würde überdies auch dem Bauerstande nachtheilig sein, da falls die Bauerhöfe den derzeitigen Inhabern erblich zugesprochen würden, alle Dienstboten, Knechte zc. die Aussicht verlören, jemals in den Besitz eines Bauerhofes zu gelangen, die Bauernwirthe aber zu einer privilegierten Klasse des Bauerstandes erhoben werden würden, wodurch einerseits unter den zurückgesetzten Knechten, andererseits unter den bevorzugten Wirthen jeglicher Wettstreit und jedes Streben nach Entwicklung aufhören müßte. Um nun aber die Inhaber der Bauerhöfe vor willkürlicher Entfernung von ihrer Landstelle zu schützen, solle ihnen die lebenslängliche Nutzung gesichert sein, der sie nur auf gerichtliches Erkenntniß hin verlustig gehen können. Im übrigen gestand die Kommission den Bauern das Recht zu, solche Ländereien durch Kauf erwerben zu dürfen, die Bürgern zu erwerben freiständen.

Die Regelung der bäuerlichen Pflichten dem Gutsherrn gegenüber möge, wie die Denkschrift der Kommission weiter ausführt,

in der Hauptsache freier Vereinbarung überlassen bleiben, die bezüglich Kontrakte dürfen jedoch auf keinen geringeren Zeitraum als auf zwölf Jahr abgeschlossen und müssen gerichtlich bestätigt werden. Um nun aber in allen Fällen Mißbräuchen vorbeugen zu können, soll eine Norm der Frohndienste festgesetzt werden, die dann zu gelten habe, wenn keine freiwillige Vereinbarung zu erzielen sei. Jene Norm ließe sich nach Ansicht der Kommission, sehr wohl ohne eine Vermessung der Bauerländereien gewinnen. Es wäre hinreichend, wenn Lokalkommissionen aus Gutsherren und Vertretern der Bauerschaften zusammengesetzt, die üblichen Frohndienste an Ort und Stelle durch Umfragen ermittelten, ihre Äquivalenz mit den Rugländereien der Bauern herstellten und die gerichtliche Bestätigung aller bäuerlichen Pflichten herbeiführten. Auf diesem Wege würde Kurland rasch und mit geringen Kosten zu zweckmäßigen Regulativen gelangen, während eine Landvermessung den Aufwand vieler Millionen erheische.

Zum Schluß wendet sich das Elaborat der Kommission der Frage zu, wie die Justizverfassung im Interesse bäuerlicher Rechtspflege auszugestalten sei und bringt folgende Neuordnung in Vorschlag.

Für Streitigkeiten der Bauern unter sich sollen Bauergerichte geschaffen werden, die aus drei bis fünf Bauernwirthen unter dem Präsidium eines Guts Herrn zu bilden seien. Zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Gutsbesitzern und Bauern werden Landgerichte in Vorschlag gebracht, die zugleich als höhere Instanz der Bauergerichte und als Vormundschaftsbehörden für den Bauerstand zu fungiren haben. Sie sollen bestehen: aus einem vom Kaiser ernannten Voritzenden, der speziell die Interessen der Domänenbauern wahrzunehmen hat, ferner aus drei von der Ritterschaft zu erwählenden Gliedern, die im besonderen die Rechte der Privatbauern zu vertreten haben.

So verlockend es auch erscheint die Vorschläge der Kommission im Einzelnen hier mitzuthemen, so würde solches doch zu weit führen. Das sichtlich der livländischen Bauerverordnung von 1804 angelehnte Projekt fand im Uebrigen keineswegs den Beifall aller Kommissionsglieder. Der Geheimrath Dietrich Ernst von Schöpping¹²⁹⁾ theilte die Meinung seiner Mitarbeiter nicht in allen Stücken und lehnte es ab den Entwurf zu unterzeichnen. Diese Thatfache und die Bitte der Ritterschaft ihre Anschauungen verlaublichen zu dürfen,¹³⁰⁾ mögen den Kaiser veranlaßt haben ein gesondertes Gutachten des Generalgouverneurs Marquis Paulucci über die Zweckmäßigkeit der kommissarischen Vorschläge einzuziehen, denn der Marquis sah sich im November 1815 genöthigt in einer ausführlichen Denkschrift sowohl das Projekt der Kommission, als auch die Einwände des Geheimraths v. Schöpping¹³¹⁾ zu beleuchten.

Seine Auseinandersetzungen einleitend, betont er, daß die Berathung der Reform in einer kaiserlich ernannten Kommission überaus zweckmäßig gewesen sei, da das den Kommissionsgliedern gewährte Recht, die Anschauungen anderer Edelleute zu erforschen, die Wünsche des Adels genügend klar gelegt, die Ernennung der Glieder aber die Bildung von Parteien verhütet habe, was nicht erreicht worden wäre, wenn man die Zusammensetzung der Kommission der kurländischen Ritterschaft anheimgestellt hätte. Der Generalgouverneur hebt ferner hervor, daß er mit Recht die kommissarische Behandlung der Reform einer Erörterung auf allgemeinen ritterschaftlichen Konferenzen vorgezogen habe, weil es so gelungen sei „die Vermengung dieser Angelegenheit mit anderen Dingen zu vermeiden, und die Gutsherren mit der bevorstehenden Neuordnung zu befreunden“, denn wenngleich „in einigen Gegenden bei einzelnen Personen die alten Gebräuche zähe Anhänglichkeit“ fänden, so sei ein geheimer Widerstand gegen die Reform doch nicht zu befürchten. Die von der Kommission aufgestellten Grundsätze werden vom Generalgouverneur zum Theil warm befürwortet, zum Theil entschieden bekämpft.

Ebenso wie die Kommission, wünscht der Marquis die Schollenpflicht der Bauern aufrecht erhalten zu sehen, weil sie den Eingang der staatlichen Steuern gewährleiste und der Landwirthschaft die notwendigen Menschenkräfte sichere; mit der glebæ adscriptio müsse aber unbedingt das erbliche Nuz eigenthum der Bauern an ihrer Landstelle verbunden sein. Dem Einwand der Kommission, daß die hiermit gegebene Bevorzugung eines geringen Theils der Bauern die größere Masse der Bevölkerung kränke, den Wetteifer der privilegierten Bauernwirthe lähme und die Knechte jeglicher Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage beraube, müsse die Thatsache entgegengesetzt werden, daß eben auch in anderen Staaten nur Wenige die aus dem Grundbesitz fließenden Vortheile genießen. Die Befürchtung der Kommission, daß die Bauern, falls ihnen einst die Freiheit geschenkt werden könnte, aus dem Erbrecht ein Eigenthumsrecht an den von ihnen genutzten Ländereien abzuleiten geneigt sein könnten, verdiene keine besondere Beachtung. Alle gegen die Einräumung des Erbrechts erhobenen Bedenken würden beseitigt werden, wenn das Gesetz bestimmte, daß das erbliche Nuz eigenthum der Bauern nur so lange zu gelten habe, als die Schollenpflicht zu Recht bestände. Und die Erhaltung der Bauerhöfe im erblichen Nießbrauch der Inhaber gewähre große Vortheile. Nur wenn der Hof dem Bauern und seinen Nachkommen gesichert sei, pflege er Sorgfalt auf die Bewirthschaftung des Landes zu verwenden, im entgegengesetzten Fall aber, wenn die Besetzung der Höfe, dem Vorschlage der Kommission gemäß, nach dem Ableben der bauerlichen Inhaber dem Belieben

der Gutsherren anheimgestellt bliebe, würde eine, die Moral des Landvolkes schädigende Konkurrenz um die Erlangung von Grund und Boden wachgerufen werden, die einen Geist der Unzufriedenheit und Mißgunst zeitigen und den Gutsherren oft genug Anlaß zu ungerechtem Verfahren bieten würde.

Von solchen Erwägungen ausgehend, beantragte der Generalgouverneur auch in Kurland, ebenso wie in Livland die Erbunterthänigkeit der Fröhner zum Prinzip der Neuordnung zu erheben und stellte sich hierdurch in einen Gegensatz zu den Beschlüssen der Kommission.

Mit voller Wärme vertheidigt der Marquis dagegen die in dem kommissarischen Elaborat zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß die Pflichten der an den Boden gefesselten Bauern auch dann völlig ausreichend normirt werden könnten, wenn keine allgemeine Vermessung der Bauerländereien vorausgegangen sei. Echarf und entschieden spricht der Generalgouverneur sich gegen eine Katastrirung der bäuerlichen Rugländereien aus und weiß auch dem livländischen Kataster keine Vorzüge nachzurühmen. Er hebt hervor, daß die in der Durchführung begriffene Vermessung Livlands zwar unbedingtes Vertrauen verdiene, weil sie von Lokalkommissionen überwacht werde, daß aber die Bonitur des Bodens, von deren Ergebnissen die Höhe der Frohndienste wesentlich abhängt, keine einwandfreie sein könne, da sie nur einer einzigen Person¹³²⁾ überlassen sei. Aus diesem Grunde müsse er das im Entwurf der Kommission vorgeschlagene Verfahren durch lokale Taxationskommissionen den Umfang und die Bonität der Bauerländereien ohne Vermessung, nur nach gewissen Merkmalen tarmäßig festzustellen und die Frohndienste annähernd zu normiren, befürworten. Der Landwirthschaftsbetrieb in Kurland sei ein viel einfacherer, als die livländische Bewirthschaftsungsweise. Es ließe sich hier die Zahl der erforderlichen Arbeitstage nach der Eigenthümlichkeit der Hofswirthschaft leicht bemessen und die Summe aller Tagewerke auf die Bauerhöfe nach dem angenommenen Werth der Bauerländereien repartiren. Diese weit einfachere Methode verbürge, daß die neue Verordnung in kürzester Frist eingeführt werden könne, vermeide unerschwingliche Kosten und verhindere jeden Anlaß dazu, daß die Gutsherren Kurlands das neue Gesetz widerwillig aufnähmen.

Die von der Kommission projektirte Gerichtsverfassung fand nicht den völligen Beifall des Generalgouverneurs, wenngleich sie, seiner Ansicht nach, erhebliche Vorzüge vor der livländischen Justizorganisation aufweise. Als einen wesentlichen Vorzug erachtet der Marquis, daß in den Instanzen, die dem Entwurf gemäß den Bauergerichten vorgelegt sein sollen, in den Landgerichten; der Bauerstand keine Vertretung fände. In den livländischen Land-

gerichten fungirten seit 1804 bäuerliche Beisitzer, wogegen der Marquis folgende, sehr beachtenswerthe Bedenken erhebt. So zweckmäßig es sei, äußert sich der Generalgouverneur, daß der Bauer in geringfügigen Streitsachen von seinen Standesgenossen gerichtet werde, so wenig empfehlenswerth erscheine es den Bauern zum Gliede eines höheren Gerichts zu machen, in dem er neben dem Gutsherrn zu amüiren habe. So lange der Bauerrichter als Gleicher unter Gleichen wirke, werde er durch die öffentliche Meinung in Schranken gehalten und gebe sich Mühe ein gerechter Richter zu sein und als Vertheidiger seiner Standesgenossen zu gelten, sobald er aber als Glied einer höheren, gemischten Behörde zu fungiren habe, gebärde er sich hochmüthig, buhle um die Gunst der Gerichtsglieder höheren Standes, lasse sich leicht überreden seine Ansicht zu ändern und pflichte meist den strengsten Urtheilen bei.

Während demnach Marquis Paulucci darin mit der Kommission übereinstimmte, die Theilnahme der Bauerschaften an der Justizpflege auf die niederen Bauergerichte zu beschränken, bekämpfte er die im Entwurf vorgesehene Kreirung besonderer Behörden höherer Ordnung für bäuerliche Rechtsachen. Die Kommission hatte, wie wir sahen,¹³³⁾ die Einführung von Landgerichten in Vorschlag gebracht, denen die Entscheidungen der Streitigkeiten zwischen den Gutsherrn und Bauern obliegen und die als höhere Instanz der Bauergerichte gelten, sowie als Vormundschaftsbehörden für den Bauerstand fungiren sollten. Die Kommission war hierbei von der Erwägung ausgegangen, daß die bestehenden Hauptmannsgerichte bereits mit polizeilichen Funktionen aller Art überlastet seien und ihr Pflichtenkreis daher nicht erweitert werden dürfe. Der Generalgouverneur vertrat dagegen die Ansicht, daß die Hauptmannsgerichte sehr wohl als Bauerbehörden zweiter Instanz Verwendung finden könnten, wenn ihr Personalbestand verstärkt werde und knüpfte an die Begründung dieser Anschauung treffende Bemerkungen über die Nothwendigkeit, einen weitläufigen Instanzenzug für bäuerliche Rechtsachen möglichst zu vermeiden. Die Anzahl der Instanzen — sagt der Marquis — schütze den Bauern nicht in seinen Rechten, wenn die Richter ihre Pflichten vernachlässigen; erfüllen aber die Richter ihre Aufgabe, so sei eine größere Zahl von Instanzen nicht nur entbehrlich, sondern direkt schädlich, weil der sein Recht suchende Bauer nicht eher ruhe, als bis er alle Instanzen angerufen habe, wobei er viel Zeit und Geld vergeude.

Marquis Paulucci ließ sich bei der Beurtheilung des kurländischen Reformprojectes sichtlich von Erfahrungen leiten, die er in Livland gemacht hatte. Wie die großen Schwierigkeiten, die mit der Durchführung der Katastrirung Livlands verbunden waren, ihn gegen die Katastrirung der kurländischen Bauerländereien ein-

nahmen, so bestimmte ihn auch offenbar die Erkenntniß, daß die Bauerbehörden Livlands nicht zweckmäßig organisiert seien dazu, die Theilnahme der Bauern an der Rechtspflege Kurlands zu beschränken und sich für einen möglichst einfachen Gerichtsweg auszusprechen. In Livland hatte die Bauerverordnung von 1804 für bauerliche Rechtsachen drei Instanzen mit bauerlichen Beisitzern geschaffen: das Bauergericht, das Kirchspielsgericht und das Landgericht, denen als letzte Instanz das Hofgericht vorgesetzt war. Diesen weitläufigen Instanzenzug gedachte nun der Generalgouverneur Kurland ebenso zu ersparen, wie die zu weit gehende Mitwirkung der Bauern an der Rechtspflege und nahm hierbei denselben Standpunkt ein, den der livländische Landtag vom Jahre 1803 vertreten hatte, als er die Zahl der Bauerbehörden und die bauerliche Vertretung in den Gerichten beschränkt wissen wollte.

Im Verlauf seines ausführlichen Gutachtens beleuchtet der Generalgouverneur auch die Einwände, die der Geheimrath von Schöppingf¹³⁴) gegen den Kommissionsentwurf erhoben hatte. Nach der Ansicht Schöppingf's sollten die Beziehungen zwischen den Gutsherren und den Bauern völlig freier Uebereinkunft anheimgestellt werden und wiewohl von der Kommission die Abschließung freier Vereinbarungen in's Auge gefaßt worden war, hatte sie doch die Zustimmung der Gerichte als erforderlich hingestellt. Diese Bestimmung mißfiel dem Geheimrath.

Marquis Paulucci machte nun hiergegen mit Recht geltend, daß von freien Kontrakten nicht die Rede sein könne, weil die Schollenpflichtigkeit der Bauern, dem Projekt gemäß, grundsätzlich aufrecht erhalten werden solle. Der an den Boden gebundene Bauer sei eben gezwungen sich den vom Gutsherrn gestellten Pachtbedingungen zu fügen und um ihn vor Ueberbürdung zu schützen, müßten die vom Gutsherrn beliebten Forderungen richterlicher Beprüfung unterliegen.

Der zweite von Schöppingf erhobene Einwand rügte die Beibehaltung der gutherrlichen Patrimonialgerichtsbarkeit, wogegen der Generalgouverneur bemerkte, daß die Einführung der geplanten Justizorganisation der Patrimonialgerichtsbarkeit jegliche praktische Bedeutung nehmen werde.

Dem dritten Bedenken Schöppingf's, das die Kreirung von Landgerichten bemängelte, stimmte Marquis Paulucci vollkommen zu.

Der Generalgouverneur schließt seine Ausführungen, indem er nochmals alle Gründe, die gegen eine Katastrirung Kurlands sprechen, resumirt, und die Vorzüge, die sein Projekt vor der in Livland geltenden Verordnung von 1804 und der 1805 geschaffenen Bauerverordnung Estlands auszeichnen, in einer vergleichenden Uebersicht zusammenstellt.

Erst ein Jahr später, nachdem in Estland die Bauernbefreiung bereits Thatsache geworden war, beantwortete Kaiser Alexander die Eingabe des Generalgouverneurs. In seinem an Marquis Paulucci gerichteten Reskript vom 5. Dezember 1816¹³⁵⁾ hob der Monarch hervor, daß er zwar den ihm vorgelegten „Plan zur Verbesserung des Zustandes der Bauern im kurländischen Gouvernement, dem die livländische Bauerverordnung vom Jahre 1804 zu Grunde gelegt ist, größtentheils dem Zweck entsprechend gefunden habe“, doch aber meine „daß das Verhältniß, der den Bauern nach Beschaffenheit der angewiesenen Grundstücke aufzulegenden Leistungen, ohne Vermessung und Graduirung der Grundstücke nicht erreicht werden könne“.

Wenngleich somit der Kaiser an dem kurländischen Projekt von 1814 Wesentliches auszufügen hatte, so verwarf er es dennoch nicht, sondern befahl Marquis Paulucci dem Landtag die Wahl zwischen dem vorliegenden, vom Generalgouverneur ergänzten Entwurf und dem jüngst bestätigten estländischen Gesetz über die Bauernfreiheit anheim zu geben.

Dem im Dezember 1816 versammelten Landtag lag es nun ob die Entscheidung zu treffen, wobei freilich thatächlich von einem freien Beschluß kaum die Rede sein konnte. Kaiser Alexander hatte zwar die Katastrirung der Bauerländereien nicht ausdrücklich als unerläßliche Vorbedingung der Bestätigung des Entwurfs von 1814 hingestellt, sondern zunächst bloß seine Bedenken über den Mangel dieser Voraussetzung ausgedrückt, allein es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß der Entwurf nur dann die monarchische Billigung finden würde, wenn er zuvor im Sinn des kaiserlichen Wunsches umgearbeitet worden sei. Noch weniger aber durfte jetzt, nachdem die estländische Verordnung den Beifall des Kaisers in hohem Grade gefunden und er sie als Vorbild den Liv- und Kurländern empfohlen hatte¹³⁶⁾ darüber ein Zweifel herrschen, daß Alexander I. die Annahme des estländischen Gesetzes weit lieber sehen würde, als die Wahl des kurländischen Entwurfs von 1814, selbst wenn dieser durch Bestimmungen über die Katastrirung der Bauerländereien angemessen ergänzt worden wäre.

Eine Entscheidung im Sinne des kaiserlichen Wunsches herbeizuführen, war der Generalgouverneur, der bislang über die Intentionen des Monarchen nicht genügend unterrichtet gewesen sein mochte, lebhaft bemüht. Er sicherte der Ritter- und Landschaft nicht nur das Recht zu, falls sie das estländische Gesetz wähle, „einige nach den Lokalverhältnissen nützlich erachtete abändernde Bestimmungen“ in Vorschlag bringen zu dürfen,¹³⁷⁾ sondern eilte nach Mitau, um auch seinen persönlichen Einfluß geltend zu machen.

Am 20. Dezember 1816 erschien der Marquis in der Landtagsversammlung und hielt eine Rede,¹³⁸⁾ in der er viel von der

„Stimme des Zeitgeistes“ sprach, und im Gegensatz zu dem von ihm im November 1815 ausgeführten Gedanken, daß die bäuerliche Schollenpflicht noch aufrecht erhalten werden müsse, die kurländischen Gutsherren ermahnte „dem Glauben zu entsagen, als ob man zur Erhöhung der politischen Existenz des Bauernstandes erst eine gewisse Reife abwarten müsse“.¹⁴⁰⁾ Als Glied der kurländischen Ritterschaft¹⁴¹⁾ richtete er an seine „Mitbrüder“ die Bitte „dem Vorbilde aller kultivirten Staaten nachzustehen und dem achtungswerthen Stande des Landmannes alle seine Verhältnisse durch bestimmtes Recht und Gesetz zu sichern“ 2c.

Der Landbotenmarschall Ferdinand von Huttenberg erwiderte auf die empfindsamen Worte des Marquis: „Kurlands Adel werde beweisen, daß er seinen überdünischen Brüdern in keinem Stücke nachstehe“.¹⁴²⁾

Zunächst wählte der Landtag einen Ausschuß, dem die Pflicht auferlegt wurde, die im Kommissionselaborat von 1814 enthaltenen Grundzüge den Bestimmungen des ehstländischen Gesetzes gegenüber zu stellen¹⁴³⁾ und lud die Piltensche Ritterschaft zur Mitarbeit ein.¹⁴⁴⁾

Daß die Wahl zwischen den beiden Vorlagen zu Gunsten des ehstländischen Gesetzes ausfallen werde, darüber konnte kaum mehr ein Zweifel bestehen, nachdem der Generalgouverneur die Wünsche des Monarchen so unverblümt zum Ausdruck gebracht hatte. Eine Bewegung gegen die Annahme der Verordnung Ehstlands trat denn auch innerhalb der kurländischen Ritter- und Landschaft nur in geringem Maße zur Tage. Zwar fehlte es an warnenden Stimmen nicht, die sich gegen eine völlige Emanzipation der Bauern im Sinne des ehstländischen Gesetzes, namentlich gegen das System der freien Kontrakte vernehmen ließen,¹⁴⁵⁾ allein jene Warnungsrufe vermochten der PreSSION gegenüber, die von außen geübt wurde, nicht durchzudringen.

Mußte sich demnach die kurländische Ritter- und Landschaft die Otkronirung der ehstländischen Bauernverfassung wohl oder übel gefallen lassen, so war es nur natürlich, daß auch sie, ähnlich wie die Ritterschaft Ehstlands,¹⁴⁶⁾ den günstigen Moment wahrzunehmen gedachte, um sich vom Monarchen Zugeständnisse auszubedingen, die nicht nur dem wirthschaftlichen Wohl der Provinz dienlich sein, sondern auch die Verfassung Kurlands freier und selbständiger gestalten sollten. Dem Landtag vom Dezember 1816 lagen mehrere, hierauf gerichtete Anträge vor, in denen namentlich drei Wünsche lebhaften Ausdruck fanden. Die Ritter- und Landschaft sollte jenen Anträgen gemäß petitioniren: um die definitive Beseitigung der „Besitzwechsel-Steuer“, ferner um die Wiederherstellung der alten Anwartschaft des Adels auf den Pachtbesitz der Domänengüter, endlich um die Minderung staatlicher Auflagen.¹⁴⁷⁾

Formulirten die Gesuche solchen Inhalts bloß Wünsche, die allgemein getheilt wurden und bereits früher, aber erfolglos, vom Ritterschaftskomiteé der Staatsregierung vorgetragen worden waren.¹⁴⁸⁾ so gingen andere Vorschläge viel weiter und bezweckten nichts Geringeres, als den Ausbau der Selbstverwaltung Kurlands zu einer Autonomie. Unter diesen Anträgen erregt namentlich einer hohes Interesse.¹⁴⁹⁾ Um die Justiz und Verwaltung Kurlands von den wechselnden Anschauungen der Reichsbureaucratie unabhängig zu machen, soll der den Ostseeprovinzen wohlgeneigte Kaiser um die Errichtung einer Oberbehörde gebeten werden, in der die Justizpflege und die innere Verwaltung Ehst-, Liv- und Kurlands zentralisirt werden. Jene Oberbehörde, etwa Senat geheissen, soll dem Plan gemäß aus Gliedern des „eingeborenen Adels“ Liv-, Ehst- und Kurlands gebildet werden und zwei Abtheilungen in sich schließen: einen obersten Gerichtshof und einen obersten Verwaltungshof. Der Gerichtshof, an dessen Spitze ein vom Kaiser ernannter, einheimischer Präsident steht, hätte als oberste Justizinstanz alle Rechtsstreitigkeiten nach dem Landesrecht zu entscheiden, der Verwaltungshof dagegen, dem der Generalgouverneur präsidiert, die gesammte innere Verwaltung, Polizei- und Finanzwesen, Handel und Industrie, Unterrichts- und Kirchenwesen zu leiten.

Es waren also hochbedeutsame Materien, über die der zum Relationstermin im Dezember 1816 und Januar 1817 versammelte Landtag berathen mußte und die Kirchspiele zu beschließen¹⁵⁰⁾ hatten. Als im April 1817 die Landboten sich zum Instruktionstermin wieder eingefunden hatten, vermochte der Landbotenmarschall festzustellen, daß die Ritter- und Landschaft mit 236 Stimmen gegen bloß 9 dem Wunsch des Monarchen entsprochen und das ehstländische Gesetz als Grundlage zur Regelung der bauerlichen Rechtsverhältnisse Kurlands angenommen habe.¹⁵¹⁾ So wenig dieser Beschluß überraschen konnte, so wenig durfte die Thatfache befremdlich erscheinen, daß die Mehrheit der Ritter- und Landschaft denjenigen zustimmte, die den günstigen Zeitpunkt nicht ungenützt verstreichen lassen und sich vom Kaiser werthvolle Zugeständnisse ausbedingen wollten. Die Ritter- und Landschaft einigte sich denn auch dahin an den Monarchen eine Immediateneingabe zu richten, in der er gebeten werden möge die Besitzwechselsteuer aufheben, das Unrecht auf den Pachtbesitz der Domänengüter wieder herstellen und die staatlichen Lasten vermindern zu wollen. Diesen drei Hauptwünschen¹⁵²⁾ wurden mehrere andere beigelegt, von denen das Gesuch um Errichtung eines deutschen „Senats für die Ostseeprovinzen in Riga“ mit der „gehörigen Vorsicht und Berücksichtigung der Verhältnisse höheren Orts“ angebracht werden sollte.¹⁵³⁾

Der Generalgouverneur Marquis Paulucci war hocherfreut über die Entscheidung in der Bauernfrage und versicherte den Deputirten, die ihm die Eröffnung des Landtages meldeten, „daß er schon aus den bisher von ihm in Erfahrung gebrachten Verhandlungen der Bauernangelegenheit die Ansicht habe gewinnen müssen, Kurland sei zu den gebildetsten Provinzen des großen Reichs zu zählen.“¹⁵⁴⁾ Und als die Ritterschaft ihn einige Tage später in corpore aufsuchte, um ihm ihre drei Hauptwünsche vorzutragen, da äußerte der Marquis „das Betragen der Ritterschaft sei besonders in der Bauernangelegenheit so human und ausgezeichnet gewesen, daß ihr keine größte Achtung und die Gnade des Kaisers nicht versagt werden könnten, woher er es sich auf's Höchste angelegen sein lassen werde die Bitten und Wünsche der Ritterschaft mit aller nur möglichen Protektion und Fürsprache vor dem Thron des Monarchen zu vertreten.“¹⁵⁵⁾

Den schleunigst abgestatteten Bericht des Generalgouverneurs beantwortete der Kaiser huldvoll, bezeugte der Ritter- und Landschaft seine „volle Erkenntlichkeit“, und sprach dem Marquis seinen Dank für dessen erfolgreiche Wirksamkeit aus.¹⁵⁶⁾

Nunmehr wurde eine aus fünf Gliedern der Ritterschaft zusammengesetzte Kommission, der ein vom Generalgouverneur ernannter Vorsitzender präsidirte,¹⁵⁷⁾ mit der Ausarbeitung des Gesegentwurfes betraut¹⁵⁸⁾ und der Landtag bis zu dem Zeitpunkt, da ihm das Projekt zur Prüfung übergeben werden könne, limitirt.¹⁵⁹⁾ Schon am 30. Juni 1817 konnte der Landtag abermals zusammentreten und den überaus schnell angefertigten Entwurf in Berathung ziehen.¹⁶⁰⁾ Bei der Beprüfung der Kommissionsarbeit machte sich eine Differenz der Ansichten geltend, die den Generalgouverneur, der früher schon wiederholt zu eiliger Erledigung der wichtigen Sache gemahnt hatte,¹⁶¹⁾ veranlaßte persönlich einzugreifen.

In der Landtagsversammlung waren die Meinungen über die Organisation der bauerlichen Justizpflege getheilt und zwar vertrat die eine Richtung die Ansicht, es sollen nach dem Vorbilde Liv- und Ehstlands für bauerliche Streitfachen besondere Mittelinstanzen, Kirchspielsgerichte oder Kreisgerichte¹⁶²⁾ geschaffen werden, während von anderer Seite die Nothwendigkeit der Errichtung neuer Behörden bestritten und die Verstärkung der Hauptmannsgerichte als genügend erachtet wurde.¹⁶³⁾

Marquis Paulucci, der wie wir sahen,¹⁶⁴⁾ einen möglichst einfachen Gerichtsweg bevorzugte und die 1804 für Livland in's Leben gerufene Gerichtsordnung verurtheilte, weil sie zu viele Instanzen geschaffen und den Bauern einen zu großen Antheil an der Rechtsprechung eingeräumt hatte —, der Marquis zeigte sich über jene Meinungsverschiedenheit erzürnt, mahnte zu schleuniger

Beseitigung der Differenz¹⁶⁵⁾ und erschien am 15. Juli 1817 selbst in der Landtagsversammlung um seine Anschauung mit Nachdruck zur Geltung zu bringen. In seiner Rede hob der Generalgouverneur hervor: er habe aus besonderer Ergebenheit für den kurländischen Adel es gewagt, gegen die Absicht Sr. Kaiserlichen Majestät, die Revision und Prüfung des von der Kommission entworfenen Planes auf dem wiederversammelten Landtag zu gestatten, daher sei es ihm um so schmerzlicher die Prüfung des Entwurfs wegen einiger, über die Organisation der neuen Behörden entstandener Differenzen, seit mehreren Tagen nicht genugsam fortschreiten zu sehen. Er könne zwar dagegen nichts einwenden, daß ein Theil für die Hauptmannsgerichte, ein Theil für Kirchspiels- oder Kreisgerichte eintrete, müsse aber den Landtag ersuchen, durch Stimmenmehrheit ein Resultat herbeizuführen, „welches von ihm so geehrt werden würde, daß er es ohne Abänderung dem Kaiser vortragen wolle und zwar in dem Sinn, daß es dem Landtag vorbehalten bleiben solle von Zeit zu Zeit auf einem ordinären Landtag Abänderungen, sowohl rücksichtlich der Behördenverfassung, als auch in anderer Hinsicht in Vorschlag zu bringen. Wenn er übrigens als Mitbruder¹⁶⁶⁾ seine Ansicht verlauten dürfe, so wolle er bemerken, daß er die Beibehaltung der Hauptmannsgerichte als Oberbauerbehörden für zweckmäßiger erachte, weil es als höchst wahrscheinlich anzusehen sei, daß der Kaiser diese Behörden aus seinen Mitteln allein besolden werde, was bei neu organisirten Behörden wohl nicht der Fall sein würde“.¹⁶⁷⁾

Der Landtag fügte sich dem vom Generalgouverneur ausgeübten Druck,¹⁶⁸⁾ und ließ es bei den Hauptmannsgerichten bewenden, die durch eine zweite Abtheilung für bäuerliche Rechtsachen verstärkt wurden.¹⁶⁹⁾ Nachdem die einzige wesentliche Meinungsverschiedenheit ausgeglichen worden war, konnte die Revision des Entwurfs rasch beendet und das neue Gesetz bereits am 20. Juli 1817 dem Generalgouverneur zur Herbeiführung kaiserlicher Bestätigung unterbreitet werden.¹⁷⁰⁾

Zur Vertretung seiner Beschlüsse und namentlich zur Befürwortung seiner besonderen Wünsche hatte der Landtag den Landesbevollmächtigten, Kammerherrn Karl Graf Medem auf Aug nach Petersburg entsandt. Dort wurde der Repräsentant des kurländischen Adels vom Kaiser huldreichst empfangen und besonders ausgezeichnet.¹⁷¹⁾ Der Monarch äußerte sich in den aner kennendsten Worten über den Adel Kurlands und beauftragte den Grafen Medem der Ritter- und Landschaft mitzutheilen, daß sie „durch die edlen und liberalen Grundsätze, die sie in Absicht auf ihre Erbunterthanen durch den vorgelegten Entwurf an den Tag gelegt, sich nicht nur sein kaiserliches Wohlwollen erworben, sondern auch

für die Nachwelt ein Denkmal ihrer aufgeklärten und dem fortgerückten Geiste der Zeit entsprechenden Denkungsart gestiftet habe“.¹⁷²⁾

Das Gesetzprojekt wurde am 20. 21. und 23. August 1817 vom Reichsrath geprüft, der sein Urtheil dahin abgab, „daß die Vergleichung der abgeänderten, ausgelassenen, ergänzten und neu hinzugefügten Artikel der kurländischen Bauerverordnung im Vergleich mit dem ehstländischen Gesetz einen deutlichen Beweis für die Aufopferungen liefere, die von den kurländischen Gutsbesitzern dem Besten ihrer Bauern dargebracht worden seien“.¹⁷³⁾

Zugleich mit dem Gesetzentwurf wurden dem Kaiser die Gesuche um Beseitigung der Besitzwechselsteuer und um Minderung der Grundsteuern vorgetragen,¹⁷⁴⁾ während die Bitte um Errichtung eines „deutschen Senats für die Ostseeprovinzen“ von der Ritter- und Landschaft fallen gelassen wurde und das Vorzugsrecht des kurländischen Adels auf den Pachtbesitz der Domänengüter nicht geltend gemacht werden konnte.¹⁷⁵⁾

Wiewohl der Kaiser sich anfänglich zu den Bitten der Ritterschaft ablehnend verhielt,¹⁷⁶⁾ gelang es doch dem Grafen Medem die Erfüllung desjenigen Wunsches zu erlangen, auf den die Ritterschaft das größte Gewicht gelegt hatte: die Beseitigung der Besitzwechselsteuer. Der Ukas vom 22. August 1798, der Kurland von dieser Last befreit hatte, dessen Geltung aber später von den Behörden angestritten worden war, wurde vollständig restituirt.¹⁷⁷⁾ Die Bitte um Ermäßigung der staatlichen Steuern fand dagegen nur in sofern Berücksichtigung, als gesetzlich bestimmt wurde, daß die staatlichen Steuern der kurländischen Bauern die staatlichen Lasten der Reichsbauern nicht übersteigen dürfen.¹⁷⁸⁾

Nachdem Graf Medem einige Bedenken, die gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs zur Bauerverordnung erhoben und anfänglich auch vom Marquis Paulucci getheilt worden waren, zerstreut hatte,¹⁸⁰⁾ bestätigte Kaiser Alexander I. am 25. August 1817 das neue Gesetz¹⁸¹⁾ und wenige Tage später, am 30. August, wurde in Mitau die Befreiung der Bauern Kurlands in Gegenwart des Monarchen, der seine Reise nach Deutschland um einen Tag verzögert hatte, festlich begangen.

Riga, im Januar 1897.

A n m e r k u n g e n.

¹⁷⁶⁾ „Allerunterthänigster Bericht der Kommission zur Verbesserung des Zustandes der kurländischen Bauern“ vom 10. Dezember 1814, abgedruckt in der von Dubrowin veranstalteten Sammlung offizieller Aktenstücke, a. a. D. S. 370 ff.

¹⁷⁷⁾ Siehe oben S. 143.

¹²⁸⁾ Freibauern haben sich in einigen Gegenden Kurlands, so in der Goldingenschen und Tuckumschen, bis auf die Gegenwart erhalten. Ihre Vorrechte stammen theils noch aus dem 14. Jahrhundert und gründen sich auf Belehnungsurkunden, die im Original vorhanden sind. Sie waren niemals einer Gutsherrschaft unterworfen, stets persönlich frei, zu keinen eigentlichen Frohndiensten verpflichtet und besaßen ihre Ländereien erb- und eigenthümlich. Vergl. Theodor Kallmeyer: „Einige Bemerkungen über den Ursprung und die gegenwärtigen Verhältnisse der „Kurlischen Könige“, in den „Arbeiten der kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst“, 3. Heft 1847, S. 23 ff. Hermann Graf Keyserling: „Beiträge und Nachrichten zur Geschichte der Freibauern in Kurland“, ebenda 5. Heft 1848, S. 10 ff. A. v. Lidebühl: „Die Kurlischen Könige“ in den Mittheilungen aus dem Gebiet der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands, 8. Band, Riga 1855, S. 302 ff. Oskar Stavenhagen: „Freibauern und Landfreie in Livland während der Ordensherrschaft in den „Beiträgen zur Kunde Est-, Liv- und Kurlands“, 4. Band, Reval 1894, S. 295 ff.

¹²⁹⁾ Auf die Ansicht dieses bedeutenden Mannes wird später näher einzugehen sein.

¹³⁰⁾ Vergl. oben S. 145.

¹³¹⁾ „Allerunterthänigster Bericht des Rigaschen Kriegsgouverneurs Marquis Paulucci“ vom 24. November 1815, Nr. 757, mitgetheilt von Dubrowin a. a. D. S. 401 ff.

¹³²⁾ Es ist offenbar der vereidigte Landmesser gemeint.

¹³³⁾ Vergl. oben S. 202.

¹³⁴⁾ Dietrich Ernst von Schöppingk, geb. auf dem väterlichen Gut Bornsmünde in Kurland am 6. August 1749, gest. zu Mitau am 1. Juni 1818, studirte 1767–1770 in Leipzig, wurde 1783 Hauptmann zu Bauske, 1788 Oberhauptmann zu Tuckum, begleitete den Herzog Peter auf seiner letzten Reise nach Petersburg, wurde nach der Vereinigung Kurlands mit Rußland zum wirklichen Staatsrath ernannt, ging 1796 nach Deutschland, kehrte 1798 nach Kurland zurück, wurde alsdann Oberburggraf beim kurländischen Oberhofgericht, 1800 Geheimrath. Vergl. Recke-Napiersky: 4. Band, S. 115.

¹³⁵⁾ Abgedruckt bei Merkel: „Die freien Letten und Esten“. R. J. L. Samson von Himmelstiern: „Historischer Versuch über die Aufhebung der Leibeigenschaft in den Ostseeprovinzen in besonderer Beziehung auf das Herzogthum Livland“, Beilage zur Wochenschrift „Das Inland“, Jahrg. 1838, Sp. 121 und 122.

¹³⁶⁾ Vergl. oben S. 134.

¹³⁷⁾ Zuschrift des Generalgouverneurs Marquis Paulucci an die zum Landtag versammelte Ritter- und Landschaft, vom 18. Dezember 1818, Nr. 1307, Akte des kurländischen Ritterschaftsarchivs Nr. 76b: „Landtagsverhandlungen von 1816/17“. Fol. 5.

¹³⁸⁾ „Diarium des auf den 16. Dezember 1816 ausgeschriebenen ordinären Landtags“, Akte des kurländischen Ritterschaftsarchivs Nr. 76a, S. 21 ff.

¹³⁹⁾ Vergl. oben S. 204.

¹⁴⁰⁾ Die Landtagsrede des Generalgouverneurs Marquis Paulucci vom 20. Dezember 1816 ist abgedruckt in Merkels „Die freien Letten und Esten“, S. 274 ff.

¹⁴¹⁾ Der Marquis gehörte seit 1814 dem Korps der kurländischen Ritterschaft an. Landtagsschluß vom 9. März 1814, § 10.

¹⁴²⁾ Die Antwort des Landbotenmarschalls (vergl. oben S. 138) ist gleichfalls von Merkel a. a. D. S. 278 wörtlich abgedruckt.

¹⁴³⁾ „Diarium“ vom 21. Dezember 1816, S. 24, „Hauptgrundsätze der Ebstländischen Bauerverordnungen“ und „Einige Bemerkungen über die Ebstländische Bauerverordnung“, als Vorlage gedruckt Januar 1817.

¹⁴⁴⁾ „Diarium“ S. 26, Landtagsverhandlungen Fol. 91 und 100.

¹⁴⁵⁾ Memorial des Freiherrn Friedr. v. Firk's, Rogallen, Alte Nr. 76b, Fol. 103 ff. Antrag des Starost von der Kopp, Alte Nr. 76b, Fol. 183 ff. Vergl. auch (W. W. Eruse): „Bemerkungen eines Weltbürgers über die Veränderung, welche das Jahr 1817 in den Jahrbüchern Rurlands merkwürdig macht“, Mitau, März 1817.

¹⁴⁶⁾ Dubrowin: a. a. D. S. 355.

¹⁴⁷⁾ Anträge des Landraths Ulrich von Schlippenbach und des Freiherrn Gotthard von Bistram, Alte Nr. 76b, Fol. 71 ff. und 92 ff. ¹⁴⁸⁾ „Relation der Ritterschafts-Comittée“ vom Jahre 1816 a. a. D. Punkt 57, S. 123.

¹⁴⁹⁾ Antrag des Freiherrn Friedrich von Firk's, Rogallen, Alte Nr. 76b, Fol. 222, 403 und 414.

¹⁵⁰⁾ Vergl. oben S. 138.

¹⁵¹⁾ Bericht des Landbotenmarschalls Ferdinand v. Rutenberg an den Generalgouverneur Marquis Paulucci vom 4. April 1817, wörtlich abgedruckt bei Merkel a. a. D. S. 279 ff.

¹⁵²⁾ Landtagschluß vom 21. April 1817 (gedruckt) §§ 8, 9 und 16.

¹⁵³⁾ Landtagschluß vom 21. April 1817 § 10.

¹⁵⁴⁾ Diarium vom 3. April 1817, Alte Nr. 76a, S. 136.

¹⁵⁵⁾ Referat des Landbotenmarschalls, Diarium vom 10. April, Alte Nr. 76a, S. 171.

¹⁵⁶⁾ Kaiserliches Reskript an den Generalgouverneur Marquis Paulucci vom 11. April 1817, wörtlich abgedruckt bei Merkel a. a. D. S. 284.

¹⁵⁷⁾ Der Kommission gehörten an: Baron Lüdinghausen-Wolff auf Sonnart, Kreismarschall Major von Derschau auf Augenbach, Graf Keyserling-Rabillen, von Heyfing auf Offeln und Garderittmeister Baron Lambsdorf als Vertreter des Biltenschen Kreises. Der Generalgouverneur hatte zum Präsidenten den ehemaligen Landhofmeister Baron Roenne ernannt und die Vertretung der Domänengüter dem Kameralhofsrath Joh. Fr. von Neke übertragen. Zusage des Generalgouverneurs vom 7. April 1817, Alte Nr. 76b, Fol. 36.

¹⁵⁸⁾ Die Redaktion des Entwurfs wurde dem Ritterschaftssekretär Ernst von Rechenberg-Linten übertragen (Diarium vom 16. April 1817), dem Georg Benedikt von Engelhardt (Neke-Napiersky: „Schriftstellerlexikon“ 1. Band, S. 504) wesentlich beihilflich war.

¹⁵⁹⁾ Landtagschluß vom 21. April 1817 § 14.

¹⁶⁰⁾ Diarium vom 30. Juni 1817, Alte Nr. 76a, S. 227.

¹⁶¹⁾ Zusage des Generalgouverneur an den Landbotenmarschall Ferdinand von Rutenberg vom 30. Januar 1817, Alte Nr. 76b, Fol. 319.

¹⁶²⁾ § 412 ff. des Ebstländischen Bauer-Gesetzbuches vom 23. Mai 1816.

¹⁶³⁾ Diarium vom 9. Juli 1817, Alte Nr. 76a, Fol. 241 ff.

¹⁶⁴⁾ Vergl. oben S. 204.

¹⁶⁵⁾ Zusage des Generalgouverneurs an den Landbotenmarschall vom 14. Juli 1817, Alte Nr. 76b, Fol. 463.

¹⁶⁶⁾ Vergl. oben Anmerkung 141.

¹⁶⁷⁾ Referat des Landbotenmarschalls am 16. Juli 1817, Diarium vom selben Tage, Alte Nr. 76a, S. 255.

¹⁶⁸⁾ Diarium vom 16. Juli 1817, Afte Nr. 76a, S. 260 ff.

¹⁶⁹⁾ § 205 der „Kurländischen Bauerverordnung“.

¹⁷⁰⁾ „Erklärung der Kurländischen Ritterschaft“ vom 20. Juli 1817, wörtlich abgedruckt bei Merkel a. a. D. S. 285.

¹⁷¹⁾ Graf Medem erhielt den hohen Annenorden I. Klasse.

¹⁷²⁾ Relation des Landesbevollmächtigten Grafen Medem, produz. am 12. November 1817, Archiv der kurländischen Ritterschaft.

¹⁷³⁾ „Extrakt aus dem Journal des Reichsraths aus der vereinigten Sitzung des Geleß-, Zivil- und Geistlichen Departements vom 20. 21. und 23. August 1817, in Betreff der neuen Verordnung für die kurländischen Bauern“, Beilage G zur Relation des Landesbevollmächtigten Grafen Medem.

¹⁷⁴⁾ Relation des Landesbevollmächtigten Grafen Medem a. a. D.

¹⁷⁵⁾ Nachdem der Landtagschluß vom 21. April 1817, die Errichtung eines „deutschen Senats“ betreffend, den Kirchspielen zur Aeußerung überwiesen worden war, traten so verschiedene Ansichten zu Tage, daß der Ritterschaftskomitee ein klares Ergebnis der Meinungen nicht festzustellen vermochte und sich daher gezwungen sah der Sache keinen weiteren Verfolg zu geben. „Auszug aus der auf dem ordinären Landtag 1819 abgelegten Relation der Kurländischen Ritterschaftskomitee“ (gedruckt), § 3. Bestrebungen, die auf ein ähnliches Ziel hinausliefen, hatte die livländische Ritterschaft ebenso wie die ehstländische gleich nach der Vereinigung Liv- und Ehstlands mit Kurland verfolgt. Seit 1710 waren beide Ritterschaften bemüht die in den Privilegien vorgefehene Errichtung eines Ober-Justiztribunals für Liv- und Ehstland durchzusetzen. Als diese im 18. Jahrhundert mehrfach behandelte Verfassungsfrage 1837 vom livländischen Landtag wieder aufgenommen wurde, schloß sich die kurländische Ritterschaft der bezüglichen Aktion, die bekanntlich erfolglos verlief, an. Näheres bei Wold. von Bodt: „Das baltische Obertribunal“, „Livl. Beiträge“ II. Band, 3. Heft S. 160—189, 4. Heft S. 297—337 und 6. Heft S. 749 ff.

¹⁷⁶⁾ „Auszug aus der auf dem ordinären Landtag 1819 abgelegten Relation der kurländischen Ritterschaftskomitee“ § 2.

¹⁷⁷⁾ Relation des Landesbevollmächtigten Grafen Medem a. a. D.

¹⁷⁸⁾ § 20 der „kurländ. Bauerverordnung für den definitiven Zustand“.

¹⁷⁹⁾ § 20 der „kurländ. Bauerverordnung für den definitiven Zustand“.

¹⁸⁰⁾ Relation des Landesbevollmächtigten Grafen Medem und „Extrakt aus dem Journal des Reichsraths“ a. a. D.

¹⁸¹⁾ Kaiserlicher Befehl an den Generalgouverneur Marquis Paulucci vom 25. August 1817, wörtlich abgedruckt bei Merkel: a. a. D. S. 287.

¹⁸²⁾ Näheres bei Merkel a. a. D. S. 290 ff.



Aus den sozialpolitischen Reden des Fürsten Bismarck.

(Fortsetzung.)

Bei anderer Gelegenheit akzeptirt Fürst Bismarck geradezu die Ausdrücke „Sozialismus“ und „Staatssozialismus“: „Aber den Vorwurf des Sozialismus möchte ich noch erwähnen. Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, die wir zum großen Heile des Landes getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen. Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiete des Sozialismus reformirend entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergsche Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus, dem Einen das Gut zu nehmen, dem Anderen zu geben, ein sehr viel stärkerer Sozialismus als ein Monopol. Ich freue mich, daß es so gekommen ist, daß man diesen Sozialismus geübt hat; wir haben dadurch einen sehr wohlhabenden, freien Bauernstand erhalten, und ich hoffe wir werden mit der Zeit ähnliches für die Arbeiter erreichen, — ob ich es erlebe, kann ich bei dem allgemeinen, prinzipiellen Widerstande, der mir auf allen Seiten entgegentritt und mich ermüdet, nicht wissen. — Aber Sie werden genöthigt sein, dem Staate ein paar Tropfen sozialen Oels im Recepte beizusetzen, wie viel, weiß ich nicht, aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachlässigung der Pflichten der Gesetzgebung, wenn sie die Reform auf dem Gebiet der Arbeiterfrage nicht erstreben würde... Sozialistisch war die Herstellung der Freiheit des Bauernstandes; sozialistisch ist jede Expropriation zu Gunsten der Eisenbahnen; sozialistisch im höchsten Grade ist zum Beispiel die Kommassation, die Zusammenlegung der Grundstücke, die dem Einen genommen werden — in vielen Provinzen ist das Gesetz — und dem Andern gegeben, bloß weil der Andere sie bequemer bewirthschaften kann; sozialistisch ist die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau, das heißt der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundstücken einen Weg für die Durchreisenden unterhalten muß. Das ist alles sozialistisch. Ich könnte das Register noch weiter vervollständigen; aber wenn Sie glauben mit dem Wort „Sozialismus“ jemand Schrecken einflößen zu können oder Gespenster zu zitiren,

so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe, und dessen Ueberwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus nothwendig ist“.

Auf die Stein-Gardenberg'sche Gesetzgebung kommt der Fürst immer wieder zurück, ebenso auf die Armenpflege; ferner verweist er auf die Regierungsgrundsätze Friedrichs des Großen und zitiert wiederholt dessen Ausspruch: „Je veux être roi des gueux“.

„Es ist in seinem scherzhaften französischen Sarkasmus der Ausdruck für denselben Gedanken, den der jetzige Herr damit ausspricht, daß er sich als den Schützer der wirthschaftlich Schwachen betrachtet und für sie zu sorgen entschlossen ist“.

Schließlich sagt er: „Ein Hauptgrund der Erfolge, die die Führer der Sozialdemokratie mit ihren bisher noch nirgends klar gestellten Zukunftszielen gehabt haben, liegt meines Erachtens darin, daß der Staat nicht Staatssozialismus genug treibt; er läßt ein Vakuum an einer Stelle, auf der er thätig sein sollte, und dieses wird von anderen, von Agitatoren, die dem Staat in's Handwerk pfuschen, ausgefüllt“. Er führt ferner an, daß in Frankreich überhaupt keine Armenpflege bestehe, und erklärt, „daß Frankreich nicht auf die Dauer umhin können wird, etwas mehr Staatssozialismus zu treiben, als es bisher getrieben hat“.

Die vorstehend zitierten Aeußerungen des Fürsten sind in den Jahren 1881—1884 gethan. Sein Staatssozialismus stieß damals auf lebhaften Widerspruch, denn noch herrschte der politische und wirthschaftliche Liberalismus vor. Seitdem sind die Anhänger des Staatssozialismus sehr zahlreich geworden und an die Stelle des Liberalismus ist der „Sozialismus der Gebildeten“ getreten; daß aber Fürst Bismarck derjenige Staatsmann ist, der den modernen Staatssozialismus als erster bewußt zur Geltung gebracht hat, scheint man, wie schon gesagt, auf dieser Seite ganz zu vergessen. Man scheint dort auch zu übersehen, daß im Grunde kein prinzipieller Gegensatz zwischen dem Sozialismus der Gebildeten und dem Staatssozialismus des Fürsten besteht. Der Unterschied ist nur der, daß Fürst Bismarck nicht Utopien und schwärmerischen Theorien nachgejagt, sondern ausschließlich nach dem Erreichbaren und Möglichen gestrebt hat, und nicht durch Reglementirungen, gewaltsame Eingriffe und auf summarische Weise sein Ziel zu erreichen gesucht hat, sondern auf praktischem, gewissermaßen organischem Wege.

Die Pläne Bismarck's zur sozialpolitischen Gesetzgebung reichen, wie schon erwähnt, weit zurück; sie bestanden bereits vor den Attentaten und dem Erlaß des Sozialistengesetzes. Fürst Bismarck erstrebte die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen einfach aus Nächstenliebe als eine christliche und sittliche Pflicht, ganz unabhängig von den Gefahren der Sozialdemokratie. Die Idee zu dem großen Werk und seine Verwirklichung sind Bismarck's Verdienst; seine ganze eiserne Ausdauer und Thatkraft mußte er aufbieten, um die Hindernisse und den Widerstand zu überwinden. Er selbst hat wohl immer das warme Interesse seines kaiserlichen Herrn für das Werk in den Vordergrund gestellt, doch hat er sich später auch selbst als Urheber und Schöpfer ausdrücklich bekannt. Bei Verathung des Gesetzes über die Alters- und Invaliditätsversicherung im März 1889 sagte er: „Ich darf mir die erste Urheberschaft der ganzen sozialen Politik vindiziren, einschließlich des letzten Abschlusses davon, der uns jetzt beschäftigt. Es ist mir gelungen, die Liebe des hochseligen Kaisers Wilhelm für diese Sache zu gewinnen“.

In der Weise, wie er es ursprünglich beabsichtigte, hat er seine Ideen allerdings nicht verwirklichen können.

Bismarck knüpfte an bereits Bestehendes an, indem er als erste Aufgabe die Unfallversicherung in Angriff nahm. Seit 1871 bestand ein Reichshaftpflichtgesetz, das jedoch streng auf dem Boden des gemeinen Rechts beruhte und den Arbeitgeber nur bei dem Nachweise einer Verschuldung von seiner Seite oder seiner Beauftragten zu einem Schadenersatz verpflichtete. Die Arbeiter mußten auf dem Wege des Zivilprozesses den schwierigen Beweis ihres Anspruches erbringen, und die zahlreichen Prozesse, die entstanden, trugen nur zu einer Verschärfung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber bei. Bereits im Jahre 1880 ließ Bismarck Entwürfe für eine öffentlich geregelte allgemeine Unfallversicherung ausarbeiten und verhinderte durch sein Drängen, daß die Sache bei ihrer Neuheit und Schwierigkeit in's Stocken gerieth; es lag ihm vor allem daran, daß irgend ein Entwurf in's Leben trat, der dann den Verathungen bei weiteren Instanzen zu Grunde liegen konnte. Im April 1881 gelangte der erste Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes an den Reichstag. Der Entwurf sicherte dem Arbeiter eine Entschädigung, ohne den Nachweis einer Verschuldung des Arbeitgebers, gewährte einen Zuschuß des Reiches von einem Drittel der Versicherungsprämie bei denjenigen Versicherten, deren Jahresarbeitsverdienst

750 Mark und weniger betrug, und brachte die Gründung einer Reichsversicherungsanstalt in Vorschlag, um mit Rücksicht auf die Zwangsversicherung die größtmögliche Wohlfeilheit und Sicherheit zu gewähren. Die Arbeiter bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 750 Mark sollten ganz von Beiträgen befreit sein, die Uebrigen die Versicherungsprämie zu einem Drittel, resp. zur Hälfte aufbringen; die übrigen Antheile hatten die Arbeitgeber zu leisten.

In einer langen Rede trat der Fürst im Reichstag für den Entwurf ein:

„Das Feld der Gesetzgebung, welches mit diesem Gesetz betreten wird und von dem der Herr Vorredner ganz mit Recht urtheilt, daß es noch eine sehr weite Perspektive hat, die vielleicht auch gemäßigte Sozialdemokraten milder in ihrem Urtheil über die Regierung stimmen kann — dieses Feld, welches hiermit betreten wird, berührt eine Frage, die wahrscheinlich von der Tagesordnung sobald nicht abkommen wird. Seit fünfzig Jahren sprechen wir von einer sozialen Frage. Seit dem Sozialistengesetz ist immer an mich die Mahnung herangetreten von amtlicher hochstehender Seite und aus dem Volke: es sei damals versprochen, es müsse auch positiv Etwas geschehen, um die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beizubohnt, zu beseitigen; die Mahnung ist bis zu diesem Augenblick an mich toto die herangetreten, und ich glaube nicht, daß mit der sozialen Frage, die seit fünfzig Jahren vor uns schwebt, unsere Söhne und Enkel vollständig in's Reine kommen werden. Keine politische Frage kommt überhaupt zu einem vollständigen, mathematischen Abschluß, so daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann; sie stehen auf, haben ihre Zeiten und verschwinden schließlich unter anderen Fragen der Geschichte; das ist der Weg einer organischen Entwicklung“.

Zu einem gewissen Abschluß zu gelangen, ist dem Fürsten doch früher gelungen, als er damals, wo er erst am Anfang des Werkes stand, annehmen konnte.

Der Fürst betonte dann weiterhin die Pflicht des Staates, auf diesem Gebiet von sich aus einzugreifen und zu regeln. Er sprach seine Ueberzeugung aus, „daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das „laissez faire, laissez aller“, „das reine Manchesterthum in der Politik“, „Jeder sehe, wie er's treibe, Jeder sehe, wo er bleibe“, „Wer nicht stark genug ist, zu stehen,

wird niedergerannt und zu Boden getreten“, „Wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen“, — daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne“...

„Das Almosen ist das erste Stadium christlicher Mildthätigkeit, wie sie z. B. in Frankreich in weiter Verzweigung existiren muß. Das ist die erste Pflicht, die gesetzliche Hilfe des Armenverbandes ist die zweite. Aber ich möchte gern, daß ein Staat, der — wenn Sie auch die Benennung „christlicher Staat“ perhorresziren — doch in seiner großen Mehrheit aus Christen besteht, die Grundsätze der Religion, zu der wir uns bekennen, namentlich in Bezug auf die Hilfe, die man dem Nächsten leistet, in Bezug auf das Mitgefühl mit dem Schicksal, dem alte leidende Leute entgegengehen, sich einigermaßen durchbringen läßt“.

Der Fürst kennzeichnet dann die humanen Ziele des Gesetzes, „die Bestrebungen der Regierung, den verunglückten Arbeiter in Zukunft besser und namentlich würdiger zu behandeln wie bisher, seinen noch gesunden Genossen nicht das Beispiel eines so zu sagen auf dem Kehrlicht langsam verhungernenden Greises zu gewähren“.

In derselben Rede befinden sich auch die denkwürdigen Worte:

„Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsere heutige Armengesetzgebung geschützt. Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen, und es liegt in diesem Gesetz auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein peculium an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann, und das ihm auch nicht entfremdet werden kann, über das er als Armer selbständig verfügen kann und das ihm manche Thür leichter öffnet, die ihm sonst verschlossen wird und ihm in dem Hause, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine bessere Behandlung sichert, wenn er den Zuschuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann. Wer den Armenverhältnissen in großen Städten selbstprüfend näher getreten ist, wer auf dem Lande namentlich den Gemeindearmen nachgespürt hat, und selbst in den bestverpflögten, guten Gemeinden hat beobachten können, wie ein Armer, namentlich wenn er körperlich schwach und verkrüppelt ist, unter Umständen behandelt wird im Hause von Stiefmüttern, von Verwandten irgend einer Art, von

sehr nahen Verwandten mitunter, der muß eingestehen, daß jeder gesunde Arbeiter, der dies mit ansieht, sich sagt: Es ist doch fürchterlich, daß ein Mensch auf diese Weise durch die Behandlung in dem Hause, was er früher bewohnte, herunterkommt, wo der Hund seines Nachfolgers es nicht schlimmer hat. Das kommt vor! Welche Waffe hat ein schwacher Krüppel dagegen, wenn er in die Ecke gestoßen und hungrig ernährt wird? Er hat gar keine. Hat er aber nur 100 oder 200 Mark für sich, so besinnt sich das Haus schon sehr, bevor es ihn drückt. Wir haben es bei den Kriegsinvaliden sehen können. Wenn nur 6 oder 5 Thaler monatlich gegeben werden, das ist für einen Armenhaushalt auf dem Lande schon etwas Baares, wo die kleinrechnende Frau sich sehr besinnt, daß sie den Kostgänger, der Geld einbringt, nicht verdrießlich macht und los wird. Also sage ich, wir haben das Bedürfniß, in diesem Gesetz auf eine menschenwürdige Behandlung zunächst dieser Sorte von Armen zu wirken“...

„Aber umsonst ist der Tod! Wenn Sie nicht in die Tasche greifen wollen und in die Staatskasse, dann werden Sie nichts fertig bekommen. Die ganze Sache der Industrie aufzubürden, — daß weiß ich nicht, ob sie das ertragen kann. Schwerlich geht es bei allen Industrien. Bei einigen ginge es allerdings, es sind das diejenigen Industriezweige, bei welchen der Arbeitslohn nur ein minimaler Betrag der Gesamtproduktionskosten ist.“

Daß nicht der Industrie die ganze Last der Kosten aufgebürdet werde, dafür trat der Fürst auf's entschiedenste ein: „Ob man den Beitrag auf die Arbeiter oder auf die Unternehmer legt, das halte ich für ganz gleichgiltig. Die Industrie hat ihn in beiden Fällen zu tragen, und was der Arbeiter beiträgt, das ist doch nothwendig schließlich zu Lasten des ganzen Geschäfts. Es wird allgemein geklagt, daß der Lohn der Arbeiter im Ganzen keinen Ueberschuß und keine Ersparniß gestatte. Will man also dem Arbeiter zu dem eben noch ausreichenden Lohn noch eine Last auferlegen, ja dann muß der Unternehmer diese Mittel zulegen, damit der Arbeiter die Last tragen kann, oder der Arbeiter geht zum anderen Geschäft über... Ich würde meinerseits nicht den Muth haben, den Entwurf weiter zu verfolgen, wenn die Ausgaben, die er als Gesetz mit sich bringt, ausschließlich zu Lasten der Industrie geschrieben werden sollen. Wenn die Staatshilfe, sei es in Form der Landarmenverbände, sei es in Form der Provinz, sei es in Form des Staates, vollständig fortbleibt, dann werde ich nicht den Muth haben, für die Folgen dieses Gesetzes

der Industrie gegenüber einzustehen. Es ist möglich und wir werden das vielleicht in wenig Jahren der Erfahrung nach beurtheilen, und wir können ja den Staatszuschuß unter Umständen zunächst auf drei Jahre limitiren, oder wie man das will, aber ohne jedes schon gemachte Experiment, ohne jede praktische Ermittlung dessen, was uns da bevorsteht, habe ich nicht den Muth, die Industrie mit den vollen Kosten dieser staatlichen Einrichtungen zu belasten, sie in höherem Maße zu belasten wie bisher, um ihr dasjenige aufzuerlegen, was die Lokalarmenverbände bisher an Fürsorge für den verunglückten Fabrikarbeiter zu tragen gehabt haben, und was künftig in einem höheren, vollkommeneren und würdigeren Maß durch die Versicherer getragen werden soll in Gemeinschaft mit dem Staat. Es handelt sich hier nicht um eine Schöpfung ganz ausschließlich neuer Lasten, sondern um eine Uebertragung von Lasten aus den Armenverbänden auf staatliche Leistungen. Daß die Last des Gebers oder der Vortheil, den der Arbeiter überhaupt zu empfangen hat, erhöht wird, das bestreite ich nicht, nur nicht um dies volle Dritttheil, welches dem Staate zugemuthet wird, sondern nur um den Unterschied zwischen dem, was die bisherige Lokalarmenpflege für verunglückte Arbeiter zu leisten hat, und demjenigen, was ihn in Zukunft zukommen soll, was also rein eine Verbesserung der Lage und des Looses des Arbeiters sein wird. Nur diese Differenz können Sie als Neuleistung dem Staat anrechnen, und es fragt sich da: ist diese Differenz des damit erstrebten Zieles werth, daß der Arbeiter eine würdigere und reichlichere Verpflegung hat, wenn er verunglückt ist, und nicht vor Gericht erst sein Recht zu erkämpfen, sondern von Hause aus den mäßigen Zuschuß hat, der dabei vom Staat erfordert wird, ist der gleichwerthig mit dem Vortheile, welcher erreicht wird? Ich glaube dies im allerhöchsten Maße bejahen zu können...

Ich weiß nicht, warum Sie gerade bei der Regierung eine blinde, parteiische Vorliebe für die Großindustrie voraussetzen. Es sind die Großindustriellen, ein allerdings vom Glück begünstigter Theil unserer Bevölkerung, das erregt kein Wohlwollen bei Anderen; ihre Existenz aber zu schwächen und zu schmälern, wäre doch ein sehr leichtsinniges Experimentiren. Wenn wir die Großindustrie, wie wir sie haben, fallen lassen, wenn wir es dahin kommen ließen, daß sie mit dem Auslande nicht mehr konkurrenzfähig bleibt, wenn wir ihr Lasten auferlegen wollten, von denen nicht bewiesen ist, ob sie dieselben wird tragen können, so würden

wir damit vielleicht Beifall bei Allen finden, die mit Merges jeden sehen, der reicher ist wie andere, namentlich wie sie selbst. Aber bringen Sie die Großindustriellen zu Falle, was machen Sie dann mit den Arbeitern? Dann ständen wir wirklich vor der Frage, die der Herr Abg. Richter sorgend anregte, daß wir an die Organisation der Arbeit gehen müßten; denn wir können, wenn ein Etablissement zu Grunde geht, daß zwanzigtausend und mehr Arbeiter beschäftigt, wenn es zu Grunde geht, weil die Großindustriellen stets der öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung denuncirt werden als gemeinschädlich und als lange nicht genug besteuert, wenn sie dann erlügen, — wir könnten doch nicht zwanzigtausend und mehrere hunderttausend Arbeiter verkommen und verhungern lassen. Wir müßten dann zu wirklichem Staatssozialismus greifen und für diese Leute Arbeit finden, wie wir das ja bei jedem Nothstande thun“.

An dem Staatszuschuß hielt Bismarck mit Entschiedenheit fest und kam wiederholt auf die Nothwendigkeit desselben zurück.

„Ich betrachte dies als integrierenden Theil des Gesetzes, ohne welchen es nicht mehr denselben Werth für mich haben würde, den ich ihm bisher beilege, und der mich veranlaßt, mich dafür einzusetzen... Mein Interesse an der ganzen Bearbeitung der Sache wird sehr abgeschwächt, sobald ich erkennen sollte, daß das Prinzip der Unterlassung des Staatszuschusses definitiv zur Annahme käme... Ich würde den Muth nicht haben, den Zwang auszusprechen, wenn der Staat nicht auch gleichzeitig einen Zuschuß anbietet. Würde der Zwang ausgesprochen, so ist es nothwendig, daß das Gesetz zugleich ein Versicherungsinstitut beschafft, was wohlfeiler und sicherer ist wie jedes andere. Man kann nicht den Sparpfennig des Armen dem Konfurse aussetzen, man kann auch nicht zugeben, daß ein Abzug von den Beiträgen als Dividende, oder zur Verzinsung von Aktien gezahlt würde“.

Er legte dar, daß nicht nur im Interesse der Industrie ein Staatszuschuß nothwendig sei, sondern auch aus Billigkeitsgründen. Da die Gemeinden in ihrer Armenpflege durch das Gesetz in bedeutendem Maße entlastet würden, so müßten im Grunde genommen diese mit Beiträgen herangezogen werden. Aber „nach der geographischen Lage sind kleine impotente Gemeinden sehr häufig mit Armenpflege überlastet, und große reiche Gemeinden haben darin sehr wenig, und es hätte das eine zu ungleiche Vertheilung der Prämienbeiträge gegeben, wenn man bei dem

Ortsarmenverbände stehen blieb.“ Die Last müßte demnach auf breitere Schultern, auf den Staat übertragen werden.

Der Fürst ging auch auf das bestehende Gastpflichtgesetz und seine Mißstände, die vielen Prozesse und die damit verbundene Steigerung der Unzufriedenheit der Arbeiter ein: „Deshalb war ich der Ansicht, ein leichter fungirendes System einzuführen, wo von Prozessen nicht die Rede ist und die Frage, ob irgend ein Verschulden obliegt, nicht untersucht wird. Für den Betroffenen ist es ja gleichgiltig, er bleibt unglücklich, er bleibt verstümmelt, er bleibt erwerbsunfähig, wenn er das geworden ist und seine Hinterbliebenen bleiben ohne Ernährer, es mag dolose oder culpa lata, oder auf die unschuldigste Weise gekommen sein. Wir haben es daher nicht mit der strafenden und distributiven Gerechtigkeit zu thun, sondern mit dem Schutz eines ohne das Gesetz ziemlich wehrlosen Theils der Bevölkerung gegen die Unbilden des Lebens und gegen die Folgen ihrer Unglücksfälle, und gegen die Härten der Situation eines ohne jedes eigene peculium der Gemeindeverpflegung verfallenen Ortsarmen“.

Die von der Regierung eingebrachte Vorlage wurde vom Reichstag an eine Kommission verwiesen. Diese arbeitete den Entwurf um und beseitigte u. A. den Staatszuschuß. Dem so veränderten Entwurf versagte der Bundesrath seine Genehmigung.

Im Mai 1882 wurde ein zweiter Gesetzesvorwurf und zugleich das Krankenversicherungsgesetz eingebracht. Die mit der Vorberathung des Unfallversicherungsgesetzes betraute Kommission des Reichstages verwarf abermals den Staatszuschuß und führte im Uebrigen ihre Aufgabe nicht zu Ende. Das Gesetz kam wiederum nicht zu Stande. Das Krankenversicherungsgesetz wurde angenommen. Dieses Gesetz führte die Zwangsversicherung gegen Krankheitsfälle für die Arbeiter in Bergwerken, Fabriken, im Handwerk, bei Bauten u. s. w. ein. Dem Versicherten wird dafür bei Krankheitsfällen bis zu einem Zeitraum von 13 Wochen eine Unterstützung gewährt, die bei Erwerbsunfähigkeit die Hälfte des ortsüblichen Tageslohns erreicht; die Kranken erhalten freie ärztliche Behandlung, Arznei u. s. w. Die Beiträge sind zu einem Drittel von den Arbeitgebern, zu zwei Dritteln von den Arbeitern aufzubringen.

Bismarck's Plan ging ursprünglich dahin, den Arbeiter ganz von Beiträgen für die Krankenversicherung zu befreien.

Im März 1884 wurde der dritte Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes eingebracht. In diesem Entwurf hatte

Fürst Bismarck den Staatszuschuß doch fallen lassen müssen. Der Entwurf war außerdem noch in wesentlichen Theilen verändert worden. Der erste Entwurf hatte die Gründung einer Reichsversicherungsanstalt in Vorschlag gebracht. Aber schon damals erklärte Fürst Bismarck, daß ihm für die Zukunft eine Organisation vorschwebte, „nach welcher die Zweige, die ihre Arbeiter versichert haben, in sich korporative Genossenschaften bilden, welche ihren wirklichen Bedarf an Entschädigungen durch Prämien in sich aufbringen, und welche zugleich die genügende Kontrolle über ihre Mitglieder dahin ausüben, daß die Einrichtungen überall so sind, daß der Genossenschaft mit denselben wenig Lasten erwachsen, mit anderen Worten, daß man das Interesse der mitzahlenden Mitgenossen zum Wächter der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen für Verhinderung der Unfälle macht“.

In einer Rede vom Jahre 1882 hatte er diesen fruchtbaren Gedanken weiter ausgeführt: „das Korporationsinteresse soll die Fabrikinspektion unterstützen, die ja immer in ihrem staatlichen Charakter bestehen kann, aber meines Erachtens nicht isolirt bureaukratisch, sondern getragen von irgend einer kollegialisch oder unter öffentlicher Kontrolle arbeitenden Korrektur; sonst kommen wir in persönliche Willkür, die selten, aber doch auch in diesem Fache vorkommt“. Er wollte korporative Grundlagen auch hierfür gewinnen, so daß demnächst der Fabrikinspektor unter der Kontrolle der Korporation ebensowohl wie des Staates stehe. „Als ich zuerst praktisch mit diesen Fabrikinspektoren in Berührung gekommen bin, habe ich sofort das Bedürfniß empfunden: hier muß die Kontrolle der Oeffentlichkeit und ein Appell an irgend eine der Sache fremdsiehende kollegiale Entscheidung sein; es kann von einer einzelnen Person und ihrem Dafürhalten nicht definitiv abhängen, was geschehen muß. Unter diesen Herrn sind ja ganz ausgezeichnete Beamte, welche die Hoffnung der Zukunft auf Vervollkommenung der Einrichtung bilden. Es sind aber auch andere, die mit weniger Sicherheit und weniger zweckmäßig sich bewegen, und bei solchen isolirt stehenden bureaukratischen Beamten kommt häufig das Selbstgefühl und die Vorliebe für eigene Erfindungen und Theorien in einer Weise mit in Frage, daß da der Gewerbetreibende mit den geringen Rechten, die er dem Beamten gegenüber hat, fürchtet, sich diesen zum Feinde zu machen, und lieber in Schädigung und in einen Zustand von Bedrückung und Verstimmung geräth. Deshalb glaube ich, daß auch diese Einrichtung, wenn sie weiter ausgebildet wird, wofür ich durchaus

stimme, der Kontrolle und der Mitwirkung der Korporation der Betheiligten unterzogen werden sollte. Es kann das um so wirksamer sein, wenn die Körperschaft der Betheiligten zugleich diejenige ist, welche unter fehlerhaften Einrichtungen durch Deckung der Unfälle, die daraus hervorgehen, zu leiden hat. Dieselbe Solidarität der Interessen, die wir in den Korporationen erstreben, kann zugleich dahin wirken, daß die Kräfte, die der Arbeitgeber zu verwenden hat, mehr als bisher geschont werden; namentlich wenn wir dahin gelangen sollten, was im weiten Felde steht, auch zur Altersversorgung zu kommen, dann liegt es im Interesse der gesamten Korporationen, die Behandlung des Arbeiters bei allen seinen Kollegen in der Korporation, bei allen Mitgliedern so eingerichtet zu sehen, daß das Bedürfniß der Altersversorgung nicht zu früh eintritt“.

